



Beschluss-Protokoll

der 35. und 36. Sitzung, Amtsjahr 2015-2016

Mittwoch, den 18. November 2015, um 09:00 Uhr und 15:00 Uhr

Vorsitz: *Elisabeth Ackermann, Grossratspräsidentin*

Protokoll: *Thomas Dähler, I. Ratssekretär
Regine Smit, II. Ratssekretärin*

Abwesende:

18. November 2015, 09:00 Uhr 35. Sitzung *Andrea Bollinger (SP), Martin Gschwind (fraktionslos), Jörg Vitelli (SP), Rolf von Aarburg (CVP/EVP), Michael Wüthrich (GB).*

18. November 2015, 15:00 Uhr 36. Sitzung *Andrea Bollinger (SP), Christian Egeler (FDP), Raoul Furlano (LDP), Martin Gschwind (fraktionslos), Franziska Reinhard (SP), Jörg Vitelli (SP), Rolf von Aarburg (CVP/EVP), Michael Wüthrich (GB).*

Verhandlungsgegenstände:

8.	Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Ratschlag Erweiterung Stadt-Casino Basel sowie Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission	3
9.	Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an den Basler Kunstverein für die Jahre 2016 bis 2019	4
10.	Bericht der Finanzkommission zur konsolidierten Jahresrechnung 2014 des Kantons Basel-Stadt	5
12.	Antrag Patricia von Falkenstein und Consorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend Durchführung einer internationalen Konferenz in der Schweiz zur Flüchtlingspolitik mit Schwerpunkt Ursachenbekämpfung der Fluchtbewegungen in den Herkunftsländern	6
13.	Motionen 1 - 3	7
14.	Anzüge 1 - 19	9
15.	Beantwortung der Interpellation Nr. 69 Eric Weber betreffend Sicherheit im Basler Rathaus und für Parlamentsabgeordnete	19
16.	Beantwortung der Interpellation Nr. 85 Eduard Rutschmann betreffend Überstunden und Krankheitsausfälle bei der Polizei	19
17.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Patricia von Falkenstein und Consorten betreffend Überprüfung und Anpassung der Löhne der Lehrerinnen und Lehrer	19
18.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Joël Thuring und Consorten betreffend Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten	20
19.	Beantwortung der Interpellation Nr. 59 Mustafa Atici betreffend Werkplatz Basel in Gefahr: Auswirkungen des starken Frankens für die Region - Massnahmen der Regierung?	21
20.	Beantwortung der Interpellation Nr. 64 Brigitta Gerber betreffend Bässlergut und Neuankömmlinge	21

21.	Beantwortung der Interpellation Nr. 76 Edibe Gögeli betreffend Hilfe für Flüchtlinge	22
22.	Beantwortung der Interpellation Nr. 77 Heidi Mück betreffend Unterbringung unbegleiteter minderjähriger Asylsuchender in Basel	22
23.	Beantwortung der Interpellation Nr. 80 Sibel Arslan betreffend private Unterbringung von Flüchtlingen und Asylsuchenden	22
	Anhang A: Abstimmungsergebnisse	26
	Anhang C: Neue Vorstösse	30

Beginn der 35. Sitzung

Mittwoch, 18. November 2015, 09:00 Uhr

Mitteilungen

Gesamtrevision des Zonenplans der Stadt Basel

Die letzte noch hängige Beschwerde gegen den Basler Zonenplan, den Sie am 15. Januar 2014 beschlossen hatten, wurde am 26. Oktober 2015 durch das Bundesgericht abgewiesen.

Damit ist der Grossratsbeschluss Zonenplanrevision Stadtgebiet auf dieses Datum, also den 26. Oktober 2015, wirksam geworden.

Die beiden Grossratsbeschlüsse Stadtrandentwicklung Süd und Ost wurden an der Abstimmung vom 28. September 2014 an der Urne verworfen.

Grossrats-Jassturnier

Am zweiten Sitzungstag der Budgetsitzung, also am 17. Dezember, findet im Keller des Rathauses das traditionelle Grossrats-Jassturnier statt. Anmeldungen dazu finden Sie hier vorne auf dem Tisch des Hauses. Die Anmeldungen nimmt Stephan Luethi-Brüderlin gerne entgegen.

8. Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Ratschlag Erweiterung Stadt-Casino Basel sowie Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission

[18.11.15 09:01:40, BRK BKK, PD, 15.0941.02, BER]

Die Bau- und Raumplanungskommission und die Bildungs- und Kulturkommission beantragen mit ihrem Bericht 15.0941.02, auf das Geschäft einzutreten und Ausgaben in der Höhe von Fr. 39'500'000 zu bewilligen.

Voten: *Conradin Cramer, Präsident der Bau- und Raumplanungskommission; Oswald Inglin, Präsident der Bildungs- und Kulturkommission; Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Präsidialdepartementes (PD)*

Fraktionsvoten

Voten: *Martina Bernasconi (GLP); Roland Lindner (SVP); Michael Koechlin (LDP); Mark Eichner (FDP); René Brigger (SP); Helen Schai-Zigerlig (CVP/EVP); Mirjam Ballmer (GB)*

Einzelvoten

Voten: *Eric Weber (fraktionslos)*

Elisabeth Ackermann, Grossratspräsidentin: bittet Eric Weber, zur Sache zu sprechen.

Voten: *Eric Weber (fraktionslos); Urs Müller-Walz (GB); Heiner Vischer (LDP)*

Schlussvoten

Voten: *Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Präsidialdepartementes (PD)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Ziffer 1, Ausgabenbeschluss über Fr. 39'500'000

Ziffer 2, Vorbehalt Finanzierungsnachweis

Ziffer 3, Ermächtigung zur Belastung mit Dienstbarkeiten

Publikations- und Referendums Klausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 1182, 18.11.15 09:59:17]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

1. Für die Erweiterung sowie die Sanierung des Musiksaals des Stadt-Casinos Basel werden Ausgaben in der Höhe von gesamthaft Fr. 39'500'000 bewilligt. Diese teilen sich wie folgt auf:
Fr. 38'000'000 resp. maximal 49% der Projektsumme für einen Investitionsbeitrag an den Verein Casino-Gesellschaft Basel und
Fr. 1'500'000 für die archäologische Bodenforschung im Zusammenhang mit dem Umbau des Stadt-Casinos Basel
2. Diese Ausgabenbewilligung darf erst beansprucht werden, nachdem die Casino-Gesellschaft Basel dem Regierungsrat einen geeigneten schriftlichen Nachweis vorgelegt hat, wonach die Finanzierung der Erweiterung und Sanierung des Musiksaals des Stadt-Casinos Basel gesichert ist.
3. Der Regierungsrat wird ermächtigt, die zur Erstellung der Erweiterung benötigten Flächen (ober- und unterirdisch), haltend ca. 250 m² und 45 m², mit geeigneten Dienstbarkeiten zu Gunsten der Casino-Gesellschaft Basel zu belasten.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

9. Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an den Basler Kunstverein für die Jahre 2016 bis 2019

[18.11.15 09:59:31, BKK, PD, 15.1440.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Bildungs- und Kulturkommission beantragen, auf das Geschäft 15.1440 einzutreten und dem Basler Kunstverein Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt Fr. 3'420'000 zu bewilligen.

Voten: *Oswald Inglin, Präsident der Bildungs- und Kulturkommission; Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Präsidentsdepartementes (PD)*

Fraktionsvoten

Voten: *Martin Lüchinger (SP)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Publikations- und Referendums Klausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

83 Ja, 1 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 1183, 18.11.15 10:06:48]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für den Basler Kunstverein werden Ausgaben von Fr. 3'420'000 (Fr. 855'000 p.a.) für die Jahre 2016 bis 2019 bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

10. Bericht der Finanzkommission zur konsolidierten Jahresrechnung 2014 des Kantons Basel-Stadt

[18.11.15 10:07:02, FKom, FD, 15.5259.02, BER]

Die Finanzkommission beantragt mit ihrem Bericht 15.5259.02, die konsolidierte Jahresrechnung 2014 des Kantons Basel-Stadt zu genehmigen.

Voten: *Patrick Hafner, Präsident der Finanzkommission; RR Christoph Brutschin, stv. Vorsteher des Finanzdepartementes (FD)*

Fraktionsvoten

Voten: *Anita Lachenmeier-Thüring (GB); Michel Rusterholtz (SVP)*

Schlussvoten

Voten: *Patrick Hafner, Präsident der Finanzkommission*

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Geschäft **ein**.

Elisabeth Ackermann, Grossratspräsidentin: Im Bericht der Finanzkommission fehlt ein Grossratsbeschluss. Wir haben Ihnen diesen Beschlussentwurf aufgelegt.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einzigster Absatz

Publikationsklausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

84 Ja, 1 Nein. [*Abstimmung # 1184, 18.11.15 10:22:55*]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Die konsolidierte Jahresrechnung 2014 des Kantons Basel-Stadt wird genehmigt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren

12. Antrag Patricia von Falkenstein und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend Durchführung einer internationalen Konferenz in der Schweiz zur Flüchtlingspolitik mit Schwerpunkt Ursachenbekämpfung der Fluchtbewegungen in den Herkunftsländern

[18.11.15 10:23:07, WSU, 15.5438.01, NSE]

Elisabeth Ackermann, Grossratspräsidentin: Ich bitte zu beachten, dass der Text einer Standesinitiative im Rahmen der ersten Beratung noch bereinigt werden kann, danach aber nicht mehr verändert werden darf.

Der Regierungsrat ist bereit, den Antrag 15.5438 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Patrick Hafner (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Sibel Arslan (GB); Ursula Metzger (SP); Eric Weber (fraktionslos); Patricia von Falkenstein (LDP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

68 Ja, 13 Nein, 7 Enthaltungen. [Abstimmung # 1185, 18.11.15 10:30:34]

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag 15.5438 dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert 3 Monaten zu **überweisen**.

13. Motionen 1 - 3

[18.11.15 10:30:52]

1. Motion André Auderset betreffend Arbeitsmarktzulage für Mitarbeitende der Kantonspolizei

[18.11.15 10:30:52, FD, 15.5407.01, NMN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion 15.5407 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Voten: *David Jenny (FDP); Eric Weber (fraktionslos)*

Elisabeth Ackermann, Grossratspräsidentin: fordert Eric Weber erneut auf, zur Sache zu sprechen.

Voten: *Eric Weber (fraktionslos); Tanja Soland (SP); Patrizia Bernasconi (GB); RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD); André Auderset (LDP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

15 Ja, 67 Nein, 7 Enthaltungen. [Abstimmung # 1186, 18.11.15 10:47:49]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion **abzulehnen**.

Die Motion 15.5407 ist **erledigt**.

2. Motion Remo Gallacchi und Konsorten betreffend Einführung eines öffentlich verfügbaren Gebührenkatalogs

[18.11.15 10:48:02, FD, 15.5429.01, NMN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion 15.5429 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Voten: *Tanja Soland (SP); Patrizia Bernasconi (GB); RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD); Remo Gallacchi (CVP/EVP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

49 Ja, 41 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 1187, 18.11.15 10:58:45]

Der Grosse Rat beschliesst

auf die Motion 15.5429 einzutreten und sie dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu **überweisen**.

3. Motion Mirjam Ballmer und Konsorten betreffend Finanzierung der Stromanschlussinfrastruktur auf Allmend

[18.11.15 10:58:59, WSU, 15.5430.01, NMN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion 15.5430 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Voten: *David Wüest-Rudin (GLP); Kerstin Wenk (SP)*

Zwischenfrage

Voten: *David Wüest-Rudin (GLP); Kerstin Wenk (SP)*

Voten: *RR Christoph Brutschin, stv. Vorsteher des Finanzdepartementes (FD); Heiner Vischer (LDP); Oskar Herzig-Jonasch (SVP); Beatrice Isler (CVP/EVP); Andreas Zappalà (FDP); Mirjam Ballmer (GB)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

70 Ja, 13 Nein, 8 Enthaltungen. [Abstimmung # 1188, 18.11.15 11:19:24]

Der Grosse Rat beschliesst

auf die Motion 15.5430 einzutreten und sie dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu **überweisen**.

14. Anzüge 1 - 19

[18.11.15 11:19:39]

1. Anzug Eric Weber betreffend schlafende Grossräte darf es nicht geben

[18.11.15 11:19:39, Ratsbüro, 15.5409.01, NAN]

Das Ratsbüro ist nicht bereit, den Anzug 15.5409 entgegenzunehmen.

Voten: *Eric Weber (fraktionslos)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 75 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 1189, 18.11.15 11:23:47]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 15.5409 ist **erledigt**.

2. Anzug Anita Lachenmeier-Thüring und Konsorten betreffend Velogegegenverkehr im Claragraben zwischen Riehenstrasse und Claraplatz

[18.11.15 11:23:59, BVD, 15.5416.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 15.5416 entgegenzunehmen.

Toni Casagrande (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Stephan Luethi-Brüderlin (SP); Peter Bochslar (FDP); Beat Braun (FDP); Anita Lachenmeier-Thüring (GB)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

51 Ja, 37 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 1190, 18.11.15 11:35:20]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 15.5416 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

3. Anzug Annemarie Pfeifer und Konsorten betreffend verbesserte Integration von Flüchtlingen

[18.11.15 11:35:33, WSU, 15.5419.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 15.5419 entgegenzunehmen.

Eric Weber (fraktionslos): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Eduard Rutschmann (SVP)*

Zwischenfrage

Voten: *Felix Eymann (LDP); Eduard Rutschmann (SVP)*

Voten: *Danielle Kaufmann (SP)*

Zwischenfrage

Voten: *Eduard Rutschmann (SVP); Danielle Kaufmann (SP)*

Voten: *Mark Eichner (FDP); Eric Weber (fraktionslos); Annemarie Pfeifer (CVP/EVP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

76 Ja, 7 Nein, 6 Enthaltungen. [Abstimmung # 1191, 18.11.15 11:51:21]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 15.5419 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

4. Anzug André Auderset betreffend Parktickets peripherer Parkhäuser berechtigen zur kostenlosen Nutzung des öffentlichen Verkehrs

[18.11.15 11:51:33, BVD, 15.5423.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 15.5423 entgegenzunehmen.

Stephan Luethi-Brüderlin (SP): beantragt Nichtüberweisung.

Zwischenfrage

Voten: *Heiner Vischer (LDP); Stephan Luethi-Brüderlin (SP)*

Voten: *Patrizia Bernasconi (GB); Heiner Vischer (LDP)*

Zwischenfrage

Voten: *Brigitte Heilbronner (SP); Heiner Vischer (LDP)*

Voten: *Martin Lüchinger (SP); André Auderset (LDP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

56 Ja, 24 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 1192, 18.11.15 12:02:41]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 15.5423 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

Schluss der 35. Sitzung

12:02 Uhr

Beginn der 36. Sitzung

Mittwoch, 18. November 2015, 15:00 Uhr

5. Anzug Pascal Pfister und Konsorten betreffend Ausbildungsbeiträge statt Sozialhilfe für Junge ohne Abschluss

[18.11.15 15:00:47, WSU, 15.5424.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 15.5424 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Anzug 15.5424 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

6. Anzug Andreas Ungricht und Konsorten betreffend Einmietung des neutralen Quartiervereins St. Johann

[18.11.15 15:01:19, PD, 15.5425.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 15.5425 entgegenzunehmen.

Heidi Mück (GB): beantragt Nichtüberweisung.

Besuch auf der Zuschauertribüne

Die Präsidentin begrüsst auf der Tribüne eine Klasse der Berufsfachschule Basel mit ihrem Lehrer Roland Engeler, alt Grossrat SP. *[Applaus]*

Voten: *Andrea Elisabeth Knellwolf (CVP/EVP)*

Zwischenfragen

Voten: *Heidi Mück (GB); Andrea Elisabeth Knellwolf (CVP/EVP); Martin Lüchinger (SP); Andrea Elisabeth Knellwolf (CVP/EVP)*

Voten: *Leonhard Burckhardt (SP); Thomas Mury (LDP); Andreas Ungricht (SVP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

60 Ja, 23 Nein, 7 Enthaltungen. *[Abstimmung # 1193, 18.11.15 15:16:39]*

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 15.5425 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

7. Anzug Christian Meidinger und Konsorten betreffend Einführung von Videoüberwachung in den bekannten Problemzonen der Stadt Basel, wo Bedrohungen gegen Leib und Leben, Raub, Gewalt in hohem Masse stattfinden

[18.11.15 15:16:53, JSD, 15.5426.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 15.5426 entgegenzunehmen.

Katja Christ (GLP): beantragt Nichtüberweisung.

Zwischenfragen

Voten: *Joël Thüring (SVP); Katja Christ (GLP); Heiner Vischer (LDP); Katja Christ (GLP)*

Voten: *Otto Schmid (SP)*

Zwischenfrage

Voten: *David Jenny (FDP); Otto Schmid (SP)*

Voten: *Eric Weber (fraktionslos)*

Elisabeth Ackermann, Grossratspräsidentin: fordert Eric Weber erneut auf, zur Sache zu sprechen.

Voten: *Eric Weber (fraktionslos); Luca Urgese (FDP)*

Zwischenfragen

Voten: *Alexander Gröflin (SVP); Luca Urgese (FDP); Michel Rusterholtz (SVP); Luca Urgese (FDP)*

Voten: *Joël Thüring (SVP)*

Zwischenfragen

Voten: *Dieter Werthemann (GLP); Joël Thüring (SVP); Jürg Meyer (SP); Joël Thüring (SVP); Luca Urgese (FDP); Joël Thüring (SVP); Sibel Arslan (GB); Joël Thüring (SVP)*

Voten: *Felix Eymann (LDP); David Wüest-Rudin (GLP)*

Zwischenfragen

Voten: *Eduard Rutschmann (SVP); David Wüest-Rudin (GLP); Patricia von Falkenstein (LDP); David Wüest-Rudin (GLP)*

Voten: *Christian von Wartburg (SP)*

Zwischenfragen

Voten: *Andreas Ungricht (SVP); Christian von Wartburg (SP); Christine Wirz-von Planta (LDP); Christian von Wartburg (SP); Michel Rusterholtz (SVP); Christian von Wartburg (SP); David Jenny (FDP); Christian von Wartburg (SP)*

Voten: *Sibel Arslan (GB)*

Zwischenfrage

Voten: *Felix Eymann (LDP); Sibel Arslan (GB)*

Voten: *Sibylle Benz (SP); Eric Weber (fraktionslos)*

Elisabeth Ackermann, Grossratspräsidentin: erteilt Eric Weber den ersten Ordnungsruf wegen beleidigenden Äusserungen.

Voten: *André Auderset (LDP); Ursula Metzger (SP); Christian Meidinger (SVP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

42 Ja, 49 Nein. [*Abstimmung # 1194, 18.11.15 16:23:28*]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 15.5426 ist **erledigt**.

8. Anzug Patrick Hafner und Konsorten betreffend Veröffentlichung eines Markierungs- und Signalisationskatasters

[*18.11.15 16:23:41, BVD, 15.5427.01, NAE*]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 15.5427 entgegenzunehmen.

Brigitte Heilbronner (SP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Patrick Hafner (SVP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

44 Ja, 39 Nein. [*Abstimmung # 1195, 18.11.15 16:26:42*]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 15.5427 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

9. Anzug Martina Bernasconi und Konsorten betreffend mehr Feierabendkonzerte in Basel

[18.11.15 16:26:52, BVD, 15.5428.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 15.5428 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Anzug 15.5428 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

10. Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend Neugestaltung der Strassburgerallee

[18.11.15 16:27:19, BVD, 15.5431.01, NAN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug 15.5431 entgegenzunehmen.

Voten: *Andreas Ungricht (SVP); Leonhard Burckhardt (SP); Anita Lachenmeier-Thüring (GB); RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD); Heiner Vischer (LDP); Stephan Luethi-Brüderlin (SP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

42 Ja, 43 Nein, 3 Enthaltungen. [*Abstimmung # 1196, 18.11.15 16:39:33*]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 15.5431 ist **erledigt**.

11. Anzug Dieter Werthemann und Konsorten betreffend effizientere Nutzung von bisher ungenutztem Parkpotential

[18.11.15 16:39:51, BVD, 15.5432.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 15.5432 entgegenzunehmen.

Brigitte Heilbronner (SP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Thomas Grossenbacher (GB)*

Zwischenfrage

Voten: *David Jenny (FDP); Thomas Grossenbacher (GB)*

Voten: *Heinrich Ueberwasser (SVP); Dieter Werthemann (GLP)*

Zwischenfrage

Voten: *Brigitta Gerber (GB); Dieter Werthemann (GLP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

43 Ja, 40 Nein, 2 Enthaltungen. [*Abstimmung # 1197, 18.11.15 16:50:35*]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 15.5432 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

12. Anzug Andrea Elisabeth Knellwolf und Konsorten betreffend Anpassung des Parkleitsystems in Basel

[18.11.15 16:50:49, FD, 15.5435.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 15.5435 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Anzug 15.5435 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

13. Anzug Heiner Vischer und Konsorten betreffend Publizierung dauerhafter Markierungs- und Signalisationsänderungen im Kantonsblatt

[18.11.15 16:51:16, BVD, 15.5436.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 15.5436 entgegenzunehmen.

Anita Lachenmeier-Thüring (GB): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *André Auderset (LDP); Mark Eichner (FDP); Heiner Vischer (LDP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

45 Ja, 41 Nein. [*Abstimmung # 1198, 18.11.15 16:56:27*]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 15.5436 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

14. Anzug Sarah Wyss und Konsorten betreffend Fachkräftemangel beheben durch Nachholbildung von Zugezogenen

[18.11.15 16:56:38, ED, 15.5433.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 15.5433 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Anzug 15.5433 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

15. Anzug Conradin Cramer und Konsorten betreffend Konzentration des Einsatzes von Zivildienstleistenden auf Betreuung und Pflege von betagten oder pflegebedürftigen Menschen

[18.11.15 16:57:07, GD, 15.5439.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 15.5439 entgegenzunehmen.

Nora Bertschi (GB): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Beatriz Greuter (SP); Lorenz Nägelin (SVP)*

Zwischenfrage

Voten: *Nora Bertschi (GB); Lorenz Nägelin (SVP)*

Voten: *Conradin Cramer (LDP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

45 Ja, 40 Nein. [Abstimmung # 1199, 18.11.15 17:08:14]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 15.5439 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

16. Anzug André Auderset und Konsorten betreffend Förderung und Unterstützung des Einsatzes von Freiwilligen im Bereich der Assistenz, Betreuung und Pflege von betagten, pflegebedürftigen Menschen und von Menschen mit einer Behinderung

[18.11.15 17:08:25, GD, 15.5440.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 15.5440 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Anzug 15.5440 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

17. Anzug Heiner Vischer und Konsorten betreffend Konzept zur Förderung der Mobilität älterer Menschen

[18.11.15 17:08:59, GD, 15.5441.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 15.5441 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Anzug 15.5441 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

18. Anzug Patricia von Falkenstein und Konsorten betreffend Erhöhung der Chancen älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt

[18.11.15 17:09:25, WSU, 15.5442.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 15.5442 entgegenzunehmen.

Pascal Pfister (SP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Patricia von Falkenstein (LDP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

52 Ja, 25 Nein, 6 Enthaltungen. [Abstimmung # 1200, 18.11.15 17:13:21]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 15.5442 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

19. Anzug Stephan Mumenthaler und Konsorten betreffend Vergünstigung der Parkgebühren in öffentlichen Parkhäusern in den ersten zwei bis drei Stunden

[18.11.15 17:13:37, FD, 15.5447.01, NAN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug 15.5447 entgegenzunehmen.

Voten: *Stephan Luethi-Brüderlin (SP); RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD); Joël Thüring (SVP); Stephan Mumenthaler (FDP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

45 Ja, 40 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 1201, 18.11.15 17:22:41]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 15.5447 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

15. Beantwortung der Interpellation Nr. 69 Eric Weber betreffend Sicherheit im Basler Rathaus und für Parlamentsabgeordnete

[18.11.15 17:22:52, JSD, 15.5331.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Eric Weber (fraktionslos)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 15.5331 ist **erledigt**.

16. Beantwortung der Interpellation Nr. 85 Eduard Rutschmann betreffend Überstunden und Krankheitsausfälle bei der Polizei

[18.11.15 17:28:31, JSD, 15.5449.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Eduard Rutschmann (SVP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 15.5449 ist **erledigt**.

17. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Patricia von Falkenstein und Konsorten betreffend Überprüfung und Anpassung der Löhne der Lehrerinnen und Lehrer

[18.11.15 17:31:51, FD, 11.5154.03, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 11.5154 abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 11.5154 ist **erledigt**.

18. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten

[18.11.15 17:32:24, WSU, 15.5148.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion 15.5148 zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Heidi Mück (GB): beantragt Nichtüberweisung.

Joël Thüring (SVP): beantragt Überweisung als Motion.

Zwischenfrage

Voten: *Toya Krummenacher (SP); Joël Thüring (SVP)*

Voten: *Toya Krummenacher (SP)*

Zwischenfragen

Voten: *Stephan Mumenthaler (FDP); Toya Krummenacher (SP); Lorenz Nägelin (SVP); Toya Krummenacher (SP)*

Voten: *André Auderset (LDP)*

Zwischenfrage

Voten: *Toya Krummenacher (SP); André Auderset (LDP)*

Voten: *Pascal Pfister (SP)*

Eventualabstimmung

zur Form der Überweisung (Anzug oder Motion)

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

Ergebnis der Abstimmung

43 Ja, 44 Nein. [Abstimmung # 1202, 18.11.15 17:50:04]

Der Grosse Rat beschliesst

eventualiter, die Motion 15.5148 **als Motion weiter zu behandeln.**

Abstimmung

zur Überweisung als Motion

JA heisst Überweisung als Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

44 Ja, 41 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 1203, 18.11.15 17:50:58]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion 15.5148 dem Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage zu **überweisen.**

19. Beantwortung der Interpellation Nr. 59 Mustafa Atici betreffend Werkplatz Basel in Gefahr: Auswirkungen des starken Frankens für die Region - Massnahmen der Regierung?

[18.11.15 17:51:11, WSU, 15.5275.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Mustafa Atici (SP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt.**

Die Interpellation 15.5275 ist **erledigt.**

20. Beantwortung der Interpellation Nr. 64 Brigitta Gerber betreffend Bässlergut und Neuankömmlinge

[18.11.15 17:52:35, WSU, 15.5293.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Brigitta Gerber (GB)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 15.5293 ist **erledigt**.

21. Beantwortung der Interpellation Nr. 76 Edibe Gölgei betreffend Hilfe für Flüchtlinge

[18.11.15 17:55:07, WSU, 15.5398.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Edibe Gölgei (SP)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 15.5398 ist **erledigt**.

22. Beantwortung der Interpellation Nr. 77 Heidi Mück betreffend Unterbringung unbegleiteter minderjähriger Asylsuchender in Basel

[18.11.15 17:58:05, WSU, 15.5400.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Heidi Mück (GB)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 15.5400 ist **erledigt**.

23. Beantwortung der Interpellation Nr. 80 Sibel Arslan betreffend private Unterbringung von Flüchtlingen und Asylsuchenden

[18.11.15 18:01:01, WSU, 15.5403.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Sibel Arslan (GB)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 15.5403 ist **erledigt**.

Tagesordnung

die nachstehenden Geschäfte werden auf die Tagesordnung vom 9. Dezember 2015 vorgetragen:

24. Beantwortung der Interpellation Nr. 73 Jürg Meyer betreffend teilweise Verschlechterung der Richtsätze der Sozialhilfe (SKOS-Richtsätze) (15.5393.02)

25. Beantwortung der Interpellation Nr. 75 Pascal Pfister betreffend geplantem Container-Terminal Basel-Nord (15.5396.02)

26. Beantwortung der Interpellation Nr. 78 Luca Urgese betreffend Rolle des Kantons bei Emissionsmessungen von stationären, emissionsverursachenden Anlagen (15.5401.02)

27. Beantwortung der Interpellation Nr. 66 Andrea Knellwolf betreffend Folgen der zunehmenden Zahl von Asylsuchenden (15.5319.02)

28. Beantwortung der Interpellation Nr. 83 Mustafa Atici betreffend ist Basel bereit für Flüchtlinge? (15.5445.02)

29. Beantwortung der Interpellation Nr. 81 Eric Weber betreffend Benachteiligung von Grossrat Eric Weber im Kanton Basel-Stadt (15.5420.02)

30. Beantwortung der Interpellation Nr. 84 Martin Lüchinger betreffend systematische Aushöhlung der regionalen Lastenteilung durch den Kanton Basel-Landschaft (15.5446.02)

31. Beantwortung der Interpellation Nr. 86 Heinrich Ueberwasser betreffend Bäume in der Stadt Basel, Baumscheiben und Stadtbild (15.5451.02)

32. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Oskar Herzig-Jonasch und Urs Müller-Walz betreffend Gewerbeparkkarte für Markthändler (13.5081.02)

Schriftliche Anfragen

Es sind folgende Schriftlichen Anfragen eingegangen:

- Schriftliche Anfrage Annemarie Pfeifer betreffend Instandhaltung des Weihers im Friedhof Hörnli und der Aufwertung des Platzes vor der urnenwand (Nr. 15.5483.01)
- Schriftliche Anfrage Toya Kruppenacher betreffend wälzt die Post die Kosten der Zeitungsgrundversorgung auf die kantonalen Sozialhilfen ab? (Nr. 15.5485.01)
- Schriftliche Anfrage Beatrice Isler betreffend Notschlafstelle (Nr. 15.5486.01)
- Schriftliche Anfragen Eric Weber betreffend
 - Velo-Vignette für Basel (Nr. 15.5495.01)
 - zu teures Jungbürgerfest (Nr. 15.5496.01)
 - Überwachung von Schweizer Bürgern (Nr. 15.5497.01)

- Evaluierung des Krankenstandes des Basler Lehrpersonals (Nr. 15.5498.01)
- Linksextremismus in Basel (Nr. 15.5499.01)
- warum verschenkt Basel seine Trams (Nr. 15.5500.01)
- Veröffentlichungen im Basler Kantonsblatt (Nr. 15.5501.01)
- Konzepte für unsere Stadt (Nr. 15.5502.01)
- Wieviele Kantinen hat der Kanton Basel-Stadt (Nr. 15.5503.01)
- Graffiti in Basel (Nr. 15.5504.01)
- welche Bauzukunft für unsere schöne Stadt Basel (Nr. 15.5505.01)
- wir fürchten um das Riesenrad bei der Basler Herbstmesse (Nr. 15.5506.01)
- ist es schädlich, das Handy nachts auf dem Nachttisch zu haben (Nr. 15.5507.01)
- wie mit der Informationsflut umgehen (Nr. 15.5508.01)
- ist Mundart eine Amtssprache (Nr. 15.5509.01)
- wieviele Asylbewerber haben Basel freiwillig verlassen (Nr. 15.5510.01)
- wie hoch sind die aktuellen Flüchtlingszahlen für Basel (Nr. 15.5511.01)
- was tut der Kanton gegen Duckmäuser und Opportunisten (Nr. 15.5512.01)
- Ängste in der Bevölkerung (Nr. 15.5513.01)
- Bürger, die die Krankenkasse nicht bezahlen (Nr. 15.5514.01)
- mehr Einwohner in meinem Wahlkreis Kleinbasel (Nr. 15.5515.01)
- Staatsschulden (Nr. 15.5516.01)
- wenn Behinderte in Basel wählen (Nr. 15.5517.01)
- Inserat gegen Interview (Nr. 15.5518.01)
- der Staat muss nationale Identität schützen (Nr. 15.5519.01)
- verzerrende Informationen in der Asylanten-Frage (Nr. 15.5520.01)
- wird Riehen zu einem anderen Kanton wechseln (Nr. 15.5521.01)
- Basel die Hauptstadt Europas in Sachen vegan (Nr. 15.5522.01)
- Archiv des Deutschen Bundespräsidenten in Basel (Nr. 15.5523.01)
- wie wird unsere Sprache geschützt (Nr. 15.5524.01)
- Aberkennung des Grossrats-Sitzes (Nr. 15.5525.01)
- wie ist der Föderalismus geregelt (Nr. 15.5526.01)
- Gesetzesbücher für Grossräte (Nr. 15.5527.01)
- Ordnungsruf bei der Regierungsratssitzung (Nr. 15.5528.01)
- Notparlament in Basel (Nr. 15.5529.01)
- wenn eine persönliche Erklärung missbraucht wird (Nr. 15.5530.01)
- Diktaturen-Geld aus Georgien, das in Basel gelagert wird (Nr. 15.5531.01)
- Finanzchef vom Schah lebt in Basel (Nr. 15.5532.01)
- sind Grossräte Kantonsangestellte (Nr. 15.5533.01)
- wachsame Bürger gegen Ganoven (Nr. 15.5534.01)
- warum muss Basel immer nur bezahlen (Nr. 15.5535.01)
- demografischer Wandel in Basel (Nr. 15.5536.01)
- vorläufige Aufnahme für Verbrecher (Nr. 15.5537.01)
- Reisen nach Absurdistan (Nr. 15.5538.01)
- Pegida-Demo vom 29. August 2015 in Basel (Nr. 15.5539.01)

- ist Wirtschaftsflüchtling ein Schimpfwort (Nr. 15.5540.01)
- aus Rücksicht auf Asylanten: Keine Shorts und Miniröcke (Nr. 15.5541.01)

Die Schriftlichen Anfragen werden dem Regierungsrat zur Beantwortung innert drei Monaten überwiesen.

Schluss der 36. Sitzung

18:01 Uhr

Basel, 18. November 2015

Elisabeth Ackermann
Grossratspräsidentin

Thomas Dähler
I. Ratssekretär

Anhang A: Abstimmungsergebnisse

Sitz	Abstimmungen 1182 - 1197	1182	1183	1184	1185	1186	1187	1188	1189	1190	1191	1192	1193	1194	1195	1196	1197
1	Beatriz Greuter (SP)	J	J	J	J	N	N	J	N	J	J	N	E	N	N	J	N
2	Sibylle Benz (SP)	J	J	J	J	A	N	J	N	J	J	N	J	N	N	J	N
3	Philippe Macherel (SP)	J	J	J	J	N	N	J	N	J	J	A	J	N	N	J	N
4	Dominique König-Lüdin (SP)	J	J	J	J	N	N	J	N	J	J	N	N	N	N	J	N
5	Ursula Metzger (SP)	J	J	J	J	N	N	J	N	J	J	N	J	N	N	J	N
6	Otto Schmid (SP)	J	J	J	J	N	N	J	A	J	J	J	J	N	N	J	N
7	Thomas Gander (SP)	J	J	J	J	N	N	J	N	J	J	J	J	N	N	J	N
8	René Brigger (SP)	J	J	A	A	A	N	J	N	J	J	E	E	N	N	J	N
9	Christophe Haller (FDP)	J	J	J	E	N	J	E	N	N	J	J	N	J	J	N	J
10	Ernst Mutschler (FDP)	J	J	J	J	N	J	J	N	N	J	J	J	J	J	N	J
11	Erich Bucher (FDP)	J	J	J	J	N	J	E	N	N	J	J	N	J	J	N	J
12	Murat Kaya (FDP)	J	J	A	J	N	J	J	N	N	J	J	J	J	J	N	J
13	David Jenny (FDP)	J	J	J	J	N	J	N	N	N	J	J	J	J	J	N	J
14	Patrick Hafner (SVP)	J	J	J	E	E	J	A	A	N	N	J	E	J	J	N	J
15	Lorenz Nägelin (SVP)	J	J	J	N	N	J	E	N	N	N	J	J	J	J	N	J
16	Roland Lindner (SVP)	J	J	J	N	N	J	J	E	N	N	J	A	J	J	N	J
17	Bruno Jagher (SVP)	J	J	J	E	N	J	J	N	N	E	J	J	J	J	N	J
18	Michael Wüthrich (GB)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
19	Patrizia Bernasconi (GB)	J	J	J	J	N	N	J	N	J	J	N	N	N	N	J	N
20	Elisabeth Ackermann (GB)	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P
21	Raoul Furlano (LDP)	J	J	J	J	E	J	J	N	N	J	J	A	A	A	A	J
22	Patricia von Falkenstein (LDP)	J	J	J	J	J	J	J	N	N	J	J	J	J	J	N	J
23	Michael Koechlin (LDP)	J	J	A	J	J	J	J	N	N	J	J	J	J	J	N	J
24	Oswald Inglin (CVP/EVP)	J	J	J	J	N	J	J	N	J	J	J	J	J	A	A	A
25	Beatrice Isler (CVP/EVP)	J	J	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	E	J
26	Aeneas Wanner (GLP)	J	J	J	N	N	N	E	N	J	J	N	N	A	A	J	N
27	Dieter Werthemann (GLP)	J	J	J	N	N	J	N	N	E	J	J	N	N	J	N	J
28	Ruedi Rechsteiner (SP)	J	J	J	J	N	A	E	A	J	J	N	N	N	N	J	A
29	Daniel Goepfert (SP)	J	A	J	A	A	N	A	A	A	A	A	J	N	A	N	N
30	Tobit Schäfer (SP)	E	J	J	J	N	N	J	A	J	J	A	E	N	N	J	N
31	Jörg Vitelli (SP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
32	Jürg Meyer (SP)	J	J	J	J	N	N	J	N	J	J	N	J	N	N	J	N
33	Brigitte Heilbronner (SP)	J	J	J	J	N	N	J	N	J	J	N	J	N	N	J	N
34	Andrea Bollinger (SP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
35	Toya Krummenacher (SP)	J	J	J	J	E	N	J	A	J	J	N	J	N	N	J	A
36	Stephan Luethi (SP)	J	J	J	J	N	N	J	A	J	J	N	J	N	N	J	N
37	Leonhard Burckhardt (SP)	J	J	J	J	N	N	J	N	J	J	N	J	N	N	J	N
38	Seyit Erdogan (SP)	J	J	J	J	N	N	J	N	J	J	J	J	N	N	J	N
39	Danielle Kaufmann (SP)	J	J	J	J	N	N	J	N	J	J	J	J	N	N	J	N
40	Christian von Wartburg (SP)	J	J	J	J	N	N	J	N	J	J	J	J	N	N	J	N
41	Daniela Stumpf (SVP)	J	J	J	N	J	J	J	N	N	E	J	J	J	J	N	J
42	Alexander Gröflin (SVP)	J	J	J	E	J	J	J	N	N	J	J	J	J	J	N	J
43	Andreas Ungricht (SVP)	J	E	J	N	N	J	J	N	N	N	A	J	J	J	N	J
44	Joël Thüring (SVP)	J	J	J	N	J	J	N	N	N	N	J	J	J	J	N	J
45	Michel Rusterholtz (SVP)	J	J	J	N	J	J	J	N	N	J	J	J	J	J	N	J
46	Sibel Arslan (GB)	J	J	J	J	N	N	J	N	J	J	N	N	N	N	J	N
47	Brigitta Gerber (GB)	J	J	J	J	N	N	J	A	J	J	N	N	N	N	J	E
48	Anita Lachenmeier (GB)	J	J	J	J	N	N	J	N	J	J	N	N	N	N	J	N
49	Eveline Rommerskirchen (GB)	J	J	J	J	N	N	J	N	J	J	N	N	N	N	J	N
50	Nora Bertshi (GB)	A	J	J	J	N	N	J	N	J	J	N	N	N	N	J	N
51	Stephan Mumenthaler (FDP)	J	J	J	J	N	J	N	N	N	J	J	J	N	J	N	J
52	Christian Egeler (FDP)	J	J	J	J	N	J	J	N	A	J	J	A	J	J	N	J

Sitz	Abstimmungen 1198 - 1203	1198	1199	1200	1201	1202	1203
1	Beatriz Greuter (SP)	N	N	N	N	J	N
2	Sibylle Benz (SP)	N	N	N	N	J	N
3	Philippe Macherel (SP)	N	N	N	N	J	N
4	Dominique König-Lüdin (SP)	N	N	N	N	J	N
5	Ursula Metzger (SP)	N	N	A	N	J	N
6	Otto Schmid (SP)	N	N	E	N	J	N
7	Thomas Gander (SP)	N	N	N	N	J	N
8	René Brigger (SP)	N	N	N	N	J	N
9	Christophe Haller (FDP)	J	J	J	J	N	J
10	Ernst Mutschler (FDP)	J	J	J	J	N	J
11	Erich Bucher (FDP)	J	J	J	J	N	J
12	Murat Kaya (FDP)	J	J	J	J	N	J
13	David Jenny (FDP)	J	J	J	J	N	J
14	Patrick Hafner (SVP)	J	J	J	J	N	J
15	Lorenz Nägelin (SVP)	J	J	J	J	N	J
16	Roland Lindner (SVP)	J	J	J	J	N	J
17	Bruno Jagher (SVP)	J	J	J	J	N	J
18	Michael Wüthrich (GB)	A	A	A	A	A	A
19	Patrizia Bernasconi (GB)	N	N	E	N	J	N
20	Elisabeth Ackermann (GB)	P	P	P	P	P	P
21	Raoul Furlano (LDP)	J	J	J	J	N	J
22	Patricia von Falkenstein (LDP)	J	J	J	J	N	J
23	Michael Koechlin (LDP)	J	J	J	J	N	J
24	Oswald Inglin (CVP/EVP)	A	J	J	J	N	J
25	Beatrice Isler (CVP/EVP)	J	J	J	J	N	J
26	Aeneas Wanner (GLP)	A	A	A	A	A	A
27	Dieter Werthemann (GLP)	J	J	J	J	N	J
28	Ruedi Rechsteiner (SP)	N	A	A	A	A	A
29	Daniel Goepfert (SP)	N	A	N	N	J	N
30	Tobit Schäfer (SP)	J	N	E	N	J	N
31	Jörg Vitelli (SP)	A	A	A	A	A	A
32	Jürg Meyer (SP)	N	N	E	N	J	N
33	Brigitte Heilbronner (SP)	N	N	N	N	J	N
34	Andrea Bollinger (SP)	A	A	A	A	A	A
35	Toya Krummenacher (SP)	N	N	N	N	J	N
36	Stephan Luethi (SP)	N	N	N	N	J	N
37	Leonhard Burckhardt (SP)	N	N	N	N	J	N
38	Seyit Erdogan (SP)	N	N	N	N	J	N
39	Danielle Kaufmann (SP)	A	N	N	N	J	N
40	Christian von Wartburg (SP)	N	N	N	N	J	N
41	Daniela Stumpf (SVP)	J	J	J	J	N	J
42	Alexander Gröflin (SVP)	J	J	J	J	N	J
43	Andreas Ungricht (SVP)	A	J	J	J	N	J
44	Joël Thüring (SVP)	J	J	J	J	N	J
45	Michel Rusterholtz (SVP)	J	J	J	J	N	J
46	Sibel Arslan (GB)	N	N	J	N	J	N
47	Brigitta Gerber (GB)	N	N	J	N	J	N
48	Anita Lachenmeier (GB)	N	N	A	N	J	N
49	Eveline Rommerskirchen (GB)	N	N	J	N	J	N
50	Nora Bertschi (GB)	N	N	E	N	J	N
51	Stephan Mumenthaler (FDP)	J	J	J	J	N	J
52	Christian Egeler (FDP)	J	J	J	J	N	J

Sitz	Abstimmungen 1198 - 1203	1198	1199	1200	1201	1202	1203
53	Luca Urgese (FDP)	J	J	J	J	N	J
54	Christine Wirz (LDP)	J	A	J	J	N	J
55	Heiner Vischer (LDP)	J	J	J	J	N	J
56	Thomas Müry (LDP)	J	J	J	J	N	J
57	Felix Meier (CVP/EVP)	J	A	A	A	A	A
58	Helen Schai (CVP/EVP)	J	J	J	E	N	J
59	Andrea E. Knellwolf (CVP/EVP)	J	J	J	J	N	J
60	David Wüest-Rudin (GLP)	J	J	J	J	N	J
61	Martina Bernasconi (GLP)	J	J	J	J	A	A
62	Mustafa Atici (SP)	N	N	N	N	J	N
63	Tanja Soland (SP)	N	N	N	N	J	N
64	Martin Lüchinger (SP)	N	N	N	N	J	N
65	Gülsen Oeztürk (SP)	N	N	N	N	J	N
66	Kerstin Wenk (SP)	N	N	A	N	J	N
67	Edibe Gölgeli (SP)	N	N	N	E	J	N
68	Franziska Reinhard (SP)	A	A	N	N	J	N
69	Sarah Wyss (SP)	N	N	A	N	J	N
70	Georg Mattmüller (SP)	N	N	N	N	J	N
71	Pascal Pfister (SP)	N	N	N	N	J	N
72	Mirjam Ballmer (GB)	N	N	J	N	J	N
73	Heidi Mück (GB)	N	N	A	N	J	N
74	Urs Müller (GB)	N	N	J	N	J	N
75	Talha Ugur Camlibel (GB)	N	N	J	N	J	N
76	Rudolf Vogel (SVP)	J	J	J	J	N	J
77	Christian Meidinger (SVP)	J	J	J	J	N	J
78	Oskar Herzig (SVP)	J	J	J	J	N	J
79	Toni Casagrande (SVP)	A	J	J	J	N	J
80	Peter Bochsler (FDP)	J	J	J	J	N	J
81	Mark Eichner (FDP)	J	J	A	A	A	A
82	Beat Braun (FDP)	J	J	J	J	N	J
83	Felix Eymann (LDP)	A	A	A	A	A	A
84	André Auderset (LDP)	J	A	J	J	N	J
85	Remo Gallacchi (CVP/EVP)	J	J	J	J	N	J
86	Pasqualine Gallacchi (CVP/EVP)	A	A	A	A	A	A
87	Eric Weber (fraktionslos)	N	N	N	J	J	E
88	Martin Gschwind (fraktionslos)	A	A	A	A	A	A
89	Salome Hofer (SP)	N	N	N	N	J	N
90	Franziska Roth (SP)	N	N	N	N	J	N
91	Eduard Rutschmann (SVP)	J	J	J	J	N	J
92	Heinrich Ueberwasser (SVP)	J	J	J	J	N	J
93	Conradin Cramer (LDP)	J	J	J	J	N	J
94	Thomas Strahm (LDP)	J	J	J	J	N	J
95	Andreas Zappalà (FDP)	J	J	J	J	N	J
96	Annemarie Pfeifer (CVP/EVP)	N	J	J	E	J	A
97	Rolf von Aarburg (CVP/EVP)	A	A	A	A	A	A
98	Thomas Grossenbacher (GB)	N	N	E	N	J	N
99	Katja Christ (GLP)	J	J	J	J	N	J
100	Helmut Hersberger (FDP)	J	J	J	J	N	J
J	JA	45	45	52	45	43	44
N	NEIN	41	40	25	40	44	41
E	ENTHALTUNG	0	0	6	3	0	1
A	ABWESEND	13	14	16	11	12	13
P	PRÄSIDIUM (stimmt nicht mit)	1	1	1	1	1	1
	Total	100	100	100	100	100	100

Anhang C: Neue Vorstösse

Motionen

1. Motion betreffend Reduktion der Mehrwertabgabe auf das bundesrechtlich zulässige Minimum

15.5461.01

Gemäss § 121 Abs. 1 Bau- und Planungsgesetz (BPG) beträgt die Mehrwertabgabe 50% des Bodenmehrerts in unserem Kanton. Das Raumplanungsgesetz (RPG) des Bundes schreibt einen minimalen Abgabesatz von 20% vor. Alle Kantone müssen bis zum Jahre 2019 eine dem Bundesrecht entsprechende Regelung erlassen. Die Übersicht im Anhang (liegt auf dem Tisch des Hauses auf) zeigt, dass der Kanton Basel-Stadt mit einem Abgabesatz von 50% voraussichtlich isoliert dastehen wird.

Die Erhebung von Mehrwertabgaben führt zu höheren Kosten, die auf Nutzer und Mieter der betreffenden Grundstücke abgewälzt werden. Durch eine Verteuerung, die über dem schweizerischen Schnitt liegt, verliert der Standort Basel an Attraktivität. Die Gefahr steigt, dass Investoren auf Projekte in Basel verzichten und auf Gebiete ausweichen, in denen die Abgabelast (bedeutend) geringer ist. Tendenziell fördert dies die Zersiedelung, die ja von allen als unerwünscht angesehen wird. Eine für Investoren attraktive Abgabenhöhe sollte dazu führen, dass in unserem Kanton insbesondere auch neue Wohnungen geschaffen werden. Dass dies anzustreben ist, darüber besteht ja weitgehende Einigkeit.

Der Mehrwertabgabefonds verfügt gemäss Jahresbericht 2014 (S. 123) per 31. Dezember 2014 über CHF 55 Mio., verwendet wurden im Jahre 2014 lediglich CHF 4.4 Mio. Es kann somit davon ausgegangen werden, dass eine geringere Speisung dieses Fonds in der Zukunft ohne weiteres in Kauf genommen werden kann.

Die Motionäre fordern deshalb, dass der Regierungsrat eine den obigen Erwägungen entsprechende Änderung des Bau- und Planungsgesetzes vorlegt.

David Jenny, Heinrich Ueberwasser, Thomas Müry, Conradin Cramer, Andreas Zappalà, Thomas Strahm, Tobit Schäfer, Helen Schai-Zigerlig, Stephan Mumenthaler, André Auderset, Pasqualine Gallacchi, Beat Braun, Peter Bochsler, Martina Bernasconi, Katja Christ, Felix Meier, Christian Meidinger, Toni Casagrande, Roland Lindner, Andrea Elisabeth Knellwolf, Rolf von Aarburg, Christine Wirz-von Planta, Erich Bucher, Ernst Mutschler, Dieter Werthemann, Raoul I. Furlano, Joël Thüning, Luca Urgese, Beatriz Greuter, Alexander Gröflin, Murat Kaya, Otto Schmid, Heiner Vischer, Christophe Haller, Lorenz Nägelin, Felix W. Eymann, Patricia von Falkenstein, Andreas Ungricht, Rudolf Vogel, Remo Gallacchi, Eduard Rutschmann, Daniela Stumpf, Mustafa Atici, Christian Egeler, Salome Hofer, Michael Koechlin, Beatrice Isler, Bruno Jagher, Patrick Hafner

2. Motion betreffend Vereinfachung bei der Berechnung der Grundstückgewinnsteuer

15.5459.01

Die Grundstückgewinnsteuer wurde Ende der 1980er/anfange 1990er Jahre als Instrument gegen die Spekulation in das Steuersystem aufgenommen. Sie wurde in diversen Kantonen ein fester Bestandteil des Steuersystems. Die Ausgestaltung der Grundstückgewinnsteuer, insbesondere Höhe der Besteuerung, fällt weitgehend in die Steuerhoheit der Kantone. Dies hat dazu geführt, dass die Sätze für die Grundstückgewinnsteuer von Kanton zu Kanton sehr unterschiedlich sind. Das System in Basel-Stadt ist sehr kompliziert und ist besonders bei langjähriger Besitzdauer stossend. So zahlt der Verkäufer seines Grundeigentums in Basel-Stadt eine Steuer von mindestens 12% des Gewinns, auch wenn die Liegenschaft oder das Grundstück seit Jahrzehnten im Besitz des Verkäufers oder seiner Familie war. Im Kanton Genf fällt beispielsweise nach 25 Besitzesjahren keine Grundstückgewinnsteuer mehr an, im Kanton Aargau beträgt sie noch 5%. Das heutige Modell ist kompliziert und ungerecht. So muss der Grundeigentümer seinen Einstandswert und die getätigten Investitionen nachweisen, auch wenn der Erwerb schon fast 40 Jahre zurückliegt. Wurde die Liegenschaft vor dem 1. Januar 1977 erworben, gilt als Einstandswert der von der Steuerverwaltung errechnete Realwert, erhöht um die seither vorgenommenen wertvermehrenden Aufwendungen, sofern ein höherer Einstandswert nicht nachgewiesen werden kann. Dass diese Berechnungsart zu verzerrten Resultaten führt, leuchtet ein, denn im Gegensatz zu anderen Kantonen wird die Inflation nicht berücksichtigt, was zu künstlich überhöhten Buchgewinnen führt.

Es ist also an der Zeit, dass Basel-Stadt seine Grundstückgewinnsteuer nachhaltig überarbeitet. Die Ausgestaltung darf nicht mehr nur darauf ausgerichtet sein, bei den Grundeigentümern eine möglichst hohe Steuer einzuziehen. Vielmehr muss sie den Grundsätzen eines gerechten, unkomplizierten und einfachen Steuermodells folgen. Als Vorgabe mag das Aargauer Modell dienen, welches nach einer Besitzesdauer von 10 Jahren von pauschalisierten Anlagekosten ausgeht resp. virtuelle Gewinnmargen in Abhängigkeit von der Besitzdauer definiert. Zudem gelten tiefere Steuersätze. Dieses System bringt diverse Vorteile: Neben einer administrativen Entlastung der Steuerpflichtigen und der Steuerverwaltung darf mit kürzeren Verfahren gerechnet werden und sind weniger Rechtsmittelverfahren zu befürchten.

Die Unterzeichneten bitten deshalb den Regierungsrat, dem Grossen Rat eine Vorlage mit einer Gesetzesänderung in Bezug auf die Grundstückgewinnsteuer vorzulegen, welche bei einer Besitzesdauer von über 10 Jahre

pauschalierte Anlagekosten vorsieht, sofern die steuerpflichtige Person nicht die effektiven Anlagekosten nachweist. Zudem ist ein Steuersatz vorzusehen, welcher sich an der Besitzesdauer orientiert, wobei nach einer Besitzesdauer von max. 30 Jahren eine Steuerbefreiung zu gelten hat. Der Regierungsrat kann die Steuermodelle anderer Kantone, die diese Vorgaben erfüllen, entsprechend heranziehen.

Andreas Zappalà, Luca Urgese, Lorenz Nägelin, Patrick Hafner, Dieter Werthemann, Thomas Strahm, Katja Christ, Patricia von Falkenstein, Thomas Grossenbacher, Remo Gallacchi, Andrea Elisabeth Knellwolf, Roland Lindner, Conradin Cramer, Heiner Vischer, Christine Wirz-von Planta, Thomas Mury, Murat Kaya, Talha Ugur Camlibel, Joël Thüring, Alexander Gröflin, David Wüest-Rudin, Stephan Mumenthaler, Michel Rusterholtz, Christophe Haller

3. Motion betreffend quantitativem und qualitativem Ersatz für aufgehobene Parkplätze

15.5462.01

In Basel herrscht grosse Parkplatznot. Anwohner, Besucher, Pendler und Gewerbetreibende bzw. deren Kunden müssen immer weitere Wege zurücklegen, um einen geeigneten Parkplatz in der Nähe ihres Ziels zu finden. Nebst der aufgrund des Wirtschafts- und Bevölkerungswachstums steigenden Nachfrage nach Parkflächen tragen auch angebotsseitige Massnahmen des Kantons zu dieser Misere bei. Seit Jahren findet eine stückchenweise, aber systematische Streichung von Parkplätzen auf dem gesamten Stadtgebiet statt. Begründet wird dieses Vorgehen jeweils mit einer absoluten Notwendigkeit, in Folge von Umbauten oder anderen verkehrsbedingten Massnahmen, Parkplätze streichen zu müssen. Ein Ersatz der so aufgehobenen Parkplätze findet dabei in aller Regel nicht statt, wodurch sich die Situation weiter verschärft.

Die Folge davon ist, dass es für Anwohner, Besucher, Pendler und Gewerbetreibende immer schwieriger wird, einen geeigneten Parkplatz zu finden. Entgegen den verkehrspolitischen Zielen des Kantons Basel-Stadt wird damit namentlich in den Quartieren der Parksuchverkehr weiter erhöht, was in erster Linie für die Anwohner negative Konsequenzen in Form von zunehmenden Lärm- und Schadstoffemissionen zur Folge hat.

In diesem Zusammenhang fordern die Unterzeichnenden den Regierungsrat dazu auf, die gesetzlichen Grundlagen im Umweltschutzgesetz so anzupassen, dass auch in Zukunft ausreichend Parkfelder für Anwohner wie Besucher vorhanden sind. Zu diesem Zweck soll das Umweltschutzgesetz wie folgt angepasst werden:

III. Umweltbelastungen aus dem Verkehr

3. Massnahmen

§ 13b. Der Kanton und die Gemeinden Bettingen und Riehen treffen Massnahmen, um den Anteil umweltfreundlicher Verkehrsmittel am gesamten Verkehrsvolumen zu erhöhen.

⁴ (neu) Um den Parksuchverkehr zu verringern, sorgt der Kanton dafür, dass auf Allmend ausreichend Parkfelder für Anwohner wie Besucher vorhanden sind. Zu diesem Zweck stellt der Kanton sicher, dass bei einer Aufhebung von Parkflächen auf Allmend ein qualitativ wie quantitativ gleichwertiger Ersatz in einem Radius von 200 Meter geschaffen wird.

Christophe Haller, Ernst Mutschler, Luca Urgese, Stephan Mumenthaler, Murat Kaya, Alexander Gröflin, Beat Braun, Daniela Stumpf, Andreas Ungricht, Lorenz Nägelin, Rolf von Aarburg, Thomas Strahm, Peter Bochsler, Andrea Elisabeth Knellwolf, Christian Meidinger, Oskar Herzig-Jonasch, Remo Gallacchi, Pasqualine Gallacchi, André Auderset

Anzüge

1. Anzug betreffend kurzfristige Unterbringung für Flüchtlinge dank sinnvollen Zwischennutzungen

15.5458.01

Es kann davon ausgegangen werden, dass angesichts der Flüchtlingskrise die Anzahl der Flüchtlinge steigen wird. Dies bedeutet für den Kanton, der 1.9% übernimmt, einen Zuwachs von Zugewiesenen. Diese Menschen brauchen Wohnraum. Dies in einer Zeit, in der bereits wenig Wohnraum vorhanden ist.

Erste Schritte hat die Regierung u.a. durch den angekündigte Wohncontainer (Geschäftsnummer 15.1223) bereits in die Wege geleitet. Kurzfristig könnte der Wohnraum aber sehr knapp werden. Aus diesem Grund bitten die Anzugsstellenden den Regierungsrat folgende Anliegen zu prüfen und darüber zu berichten.

Welche leerstehenden Immobilien (in Privat- oder staatlichem Besitz) würden sich für eine kurz- bis mittelfristige Zwischennutzung für die Unterkunft von Flüchtlingen eignen? Fanden zwischen Privaten und der Regierung für eine temporäre Nutzung schon Gespräche statt?

Das Areal um das heutige Hilton Hotel soll neu gestaltet werden. Der Bâloise-Park (www.baloisepark.ch) soll entstehen. Die Umsetzung dieser Weiterentwicklung beim Bahnhof SBB wird voraussichtlich einige Jahre dauern. Wie steht die Regierung zur Idee, das heutige Hilton Hotel als Zwischennutzung für Flüchtlingsunterkünfte vom Eigentümer zu mieten und zu nutzen? (Dies würde bedeuten, dass die heutige Immobilie (noch) nicht abgerissen wird). Welche Vor- und Nachteile sieht die Regierung in einer solchen temporären Zwischennutzung?

Sarah Wyss, Edibe Gölgeli, Kerstin Wenk, Sibel Arslan

2. Anzug betreffend Beschleunigung des Baubewilligungsverfahrens

15.5460.01

Bauwillige in Basel-Stadt beklagen immer wieder ein zu langes und zu aufwändiges Baubewilligungsverfahren. Dies bezieht sich auf private Bauherren, Gewerbebetriebe wie institutionelle Investoren. Einerseits vermehren sich die Regulierungen bezüglich des Bauens selber, andererseits besteht ein kompliziertes Bewilligungs-Verfahren.

Den Unterzeichnenden geht es darum, dass der Kanton - im Interesse von bauwilligen Privaten oder Firmen - ein speditives Verfahren gewährleistet. Dabei soll auch eine gewisse Sicherheit für den zeitlichen Abschluss gegeben werden. Es soll darum überprüft werden, wo konkret Vereinfachungen und Beschleunigungen des Baubewilligungsverfahrens an Hand genommen werden können.

Konkret sind folgende Massnahmen zu prüfen:

- Denkbar ist, dass im Gesetz eine zeitliche Vorgabe für die Dauer des Baubewilligungsverfahrens festgelegt wird. Wenn beispielsweise innert drei Monaten das Baugesuch nicht behandelt ist, soll die Bewilligung als erteilt gelten. Falls ein Baugesuch unvollständig ist und Nachlieferungen erforderlich werden, kann sich dadurch die Frist verlängern, ebenso bei besonders komplizierten Baugesuchen. Insgesamt soll jedoch eine klare Terminierung für die Verfahren gelten.
- Die Dauer der Auflage eines Baugesuchs samt Einsprachemöglichkeit beträgt in Basel-Stadt 30 Tage. Das ist sehr lang. Denkbar ist eine Lösung wie im Kanton Basel-Landschaft: Das Baugesuch liegt 10 Tage öffentlich auf. Während dieser Zeit kann Einsprache erhoben werden. Eine so erfolgte Einsprache muss in den folgenden 10 Tagen begründet werden.
- Ebenfalls dauern die Baurekursverfahren häufig lange. Zu prüfen ist, ob nach dem Entscheid der Kommission innert weniger Tage (z.B. innert 3 Arbeitstagen) das Entscheiddispositiv mit einer Kürzestbegründung (z.B. 3 - 5 Sätze) versandt werden kann. Damit werden vermutlich die meisten Verfahren ihren Abschluss finden, es kann jede Partei aber innert einer kurzen Frist einen ausführlich begründeten Entscheid verlangen.

Der Regierungsrat wird gebeten zu prüfen und zu berichten:

- mit welchen rechtlichen Änderungen das Baubewilligungsverfahren vereinfacht und beschleunigt werden kann,
- ob für die Durchführung eines Baubewilligungsverfahrens eine Frist von drei Monaten gesetzlich festgelegt werden kann (eng formulierte Ausnahmen vorbehalten), nach deren unbenutztem Ablauf die Bewilligung als erteilt zu gelten hat,
- ob die Frist für Planaufgabe und Einsprache verkürzt werden kann,
- ob das Baurekursverfahren dahingehend zu ergänzen sei, dass nach dem Entscheid der Baurekurskommission innert 3 Arbeitstagen den Parteien das Urteilsdispositiv samt einer Kürzestbegründung zuzustellen sei.

Helen Schai-Zigerlig, Remo Gallacchi, Andreas Zappalà, Roland Lindner, Bruno Jagher, Martina Bernasconi, Conradin Cramer, René Brigger, Andrea Elisabeth Knellwolf, Felix Meier, Pasqualine Gallacchi, Beatrice Isler, Oswald Inglin, Annemarie Pfeifer, Rolf von Aarburg, Tobit Schäfer

3. Anzug betreffend Akteneinsicht und Aktenbenutzung für Grossräte

15.5464.01

Jedes Mitglied des Grossen Rates sollte berechtigt sein, alle parlamentarischen Akten einzusehen, die sich beim Grossen Rat oder einem Ausschuss befinden, sofern der Grosse Rat nichts anderes beschliesst oder nichts anderes bestimmt ist.

Für die Einsichtnahme in Akten, die in elektronischer Form geführt werden, wird das Verfahren im Einzelnen durch das Grossratsbüro geregelt. Die Arbeit des Grossen Rates, seiner Ausschüsse (Kommissionen), der Vorsitzenden oder Berichterstatter darf durch die Akteneinsicht nicht behindert werden.

Ich bitte das Grossratsbüro zu prüfen, wie es eingeführt werden kann, dass jeder Grossrat Einsicht in die Akten bekommt, vor allem der Ausschüsse.

Eric Weber

4. Anzug betreffend Zahl der ständigen Kommissionen gering halten

15.5465.01

Früher gab es gar keine Kommissionen oder nur wenige Kommissionen. Heute gibt es immer mehr Kommissionen und die Beratungen werden vom Parlament in die Kommissionen verlagert. Da ich keiner Kommission angehöre, fehlt mir diese Arbeit und auch dieses Geld.

In diesem Sinne auch der Anzug. Das Büro des Grossen Rates wird gebeten, zu prüfen, wie die Zahl der ständigen Kommissionen gering gehalten werden kann.

Eric Weber

5. Anzug betreffend sitzungsbegleitende Aufwendungen in regelmässigen Abständen überprüfen

15.5466.01

Sitzungsbegleitende Aufwendungen wie Protokollführung, Vorlagenerstellung und Vor- und Nachbereitung der Sitzungen in regelmässigen Abständen überprüfen.

Das Büro vom Grossen Rat wird gebeten, sich dieser Sache anzunehmen.

Eric Weber

6. Anzug betreffend Geldverschwendung beim Kanton Basel-Stadt

15.5467.01

Wichtig ist, dass vorhandene Geldbestände des Kantons nicht längere Zeit zinslos auf dem Girokonto belassen werden. Sichere kurzfristige Geldanlagen (Tagesgeld, Festgeld) nutzen, dabei Verzinsung und Möglichkeiten für Geldanlagen am Kreditmarkt vergleichen.

Es wird gebeten, zu prüfen, wie hier die Lage verbessert werden kann.

Eric Weber

7. Anzug betreffend Basler Dialekt als zweite Amtssprache

15.5468.01

Anstelle einer Fremdsprache soll der Basler Dialekt als zweite Amtssprache eingeführt werden. Formulare auf Hochdeutsch und Baslerisch. Genau das würde viele Basler glücklich machen. Und ich möchte als Grossrat meine Wähler glücklich machen. Daher dieser Anzug mit dieser wirklich guten Idee. Und so wird auch dafür gesorgt, dass unser Dialekt nicht stirbt. Denn die immer mehr werdenden Ausländer sprechen leider nicht unsere Sprache.

Eric Weber

8. Anzug betreffend flexibles Rentenalter der Kantonsangestellten

15.5469.01

Der Kanton Basel-Stadt hat ein demographisches Problem: Das Verhältnis der Anzahl Pensionierter zur Anzahl Erwerbstätiger steigt rapide zu Ungunsten der erwerbstätigen Bevölkerung an. Ein nicht zu unterschätzendes Potenzial an Arbeitskräften liegt in der Weiterbeschäftigung von älteren Mitarbeitenden nach Erreichen des Rentenalters. Das Bundesgesetz über die berufliche Vorsorge (BVG) sieht vor, dass Versicherte ihre Pensionskassen-Altersleistungen zwischen 58 und 70 (Männer) bzw. 69 (Frauen) beziehen können. Zudem ist es möglich, diese Bezüge zu stückeln. Mit der Revision des kantonalen Pensionskassengesetzes kann die Pensionierung neu ab Anfang 2016 mit Einverständnis des Arbeitgebers bis spätestens zum vollendeten 70. Altersjahr aufgeschoben werden. Dies bietet die Möglichkeit, länger als bis zum ordentlichen Pensionsalter zu arbeiten. Das ist jedoch noch kein Anreiz, länger im Erwerbsleben zu bleiben.

Solche Anreize sind jedoch notwendig, um das Inländerpotential besser auszuschöpfen. Denkbar ist die Schaffung von Möglichkeiten der Altersteilzeit mit einem Teilrentenbezug, die gezielte Beseitigung von Anreizen zur Frühpensionierung gekoppelt mit der Schaffung von wirtschaftlichen Anreizen für einen längeren Verbleib im Erwerbsprozess sowie die Abschaffung eines starren Pensionierungsalters. Die berufliche Vorsorge des Kantons ist gemäss den zu definierenden Massnahmen entsprechend weiter zu flexibilisieren. Zudem ist für diejenigen, die auch im siebten Lebensjahrzehnt noch erwerbstätig sein wollen, ein Umfeld zu schaffen, das ihren besonderen Fähigkeiten, aber auch ihren besonderen Bedürfnissen, gerecht wird.

Die Flexibilisierung des Rentenalters, die Förderung von Alters(teilzeit)arbeit und die Schaffung von wirtschaftlichen Anreizen zum längeren Verbleib beim Kanton machen diesen als Arbeitgeber attraktiver, sorgen für die bessere Erhaltung von benötigtem Know-how und entlasten die Pensionskasse. Zudem setzen sie ein positives Signal für den Arbeitsmarkt generell und unterstützen eine deutlich bessere soziale Eingliederung älterer Menschen. Dem Staat kommt diesbezüglich eine wichtige Vorreiterrolle zu.

Aus diesem Grund bitten die Unterzeichnenden den Regierungsrat, die Flexibilisierung des starren ordentlichen Pensionsalters für die Kantonsangestellten zu prüfen, sowie die Festlegung einer Untergrenze für die Frühpensionierung und die Möglichkeit von Teilrenten.

Stephan Mumenthaler, Katja Christ, Andrea Elisabeth Knellwolf, Felix W. Eymann, Michel Rusterholtz, Thomas Strahm, Luca Urgese, Dieter Werthemann, Rudolf Rechsteiner, Mirjam Ballmer, Rudolf Vogel, Christine Wirz-von Planta

9. Anzug betreffend Ausbau und Finanzierung der angekündigten Koordinationsstelle im Bereich Migration

15.5470.01

Von verschiedenen NGO's wurde in diesem Zusammenhang die massive Koordinationslast der freiwilligen Hilfe zur Diskussion eingebracht. Es sei dringend eine Koordinationsstelle für die Freiwilligenarbeit notwendig. Konkret wären folgende Aufgaben zentral:

- Anlauf- und Koordinationsstelle für freiwillige Helferinnen und Helfern aus der Zivilgesellschaft
- Koordination von Sachspenden an verteilende Stellen inklusive einer aktuellen Bedarfsabklärung
- Koordination diverser Hilfsangebote (bereits existierende, mittelfristig auch neue Aufgaben wie Coaching und Koordination von privater Unterbringung von Flüchtlingen und VA, Götti-System vorstellbar)
- Organisation von runden Tischen mit allen engagierten Akteuren (Kanton, Bund, NGOs) bezüglich eines regelmässigen Austausches
- Informationsplattform für die Bevölkerung

Diese Aufgaben werden zum Glück jetzt schon teilweise von der Koordinationsstelle Asyl im WSU wahrgenommen. Mit der jetzigen Flüchtlingskrise, den erwartet steigenden Asylzahlen sowie der grossen Hilfsbereitschaft der Zivilgesellschaft steigt jedoch dieser Koordinationsbedarf ganz grundsätzlich massiv. Ebenso wären auch die involvierten NGO's auf eine koordinative Unterstützung angewiesen.

Die Anzugsstellenden bitten den Regierungsrat deshalb zu prüfen und zu berichten:

Kann sich der Regierungsrat vorstellen, den Aufgabenbereich der Koordinationsstelle auszubauen?

Wie kann ein solcher Ausbau geplant und organisiert werden?

Gibst es aus der Sicht des Regierungsrates allenfalls Alternativen, wenn ein solcher Ausbau nicht geplant ist?

Kerstin Wenk, Mustafa Atici, Ursula Metzger, Sarah Wyss, Edibe Gölgeci, Salome Hofer, Pascal Pfister, Annemarie Pfeifer

10. Anzug betreffend Stärkung von pflegenden Angehörigen von Langzeitpatient/innen

15.5471.01

Der Bundesrat veröffentlichte am 5. Dezember 2014 den Bericht "Unterstützung für betreuende und pflegende Angehörige/ Situationsanalyse und Handlungsbedarf für die Schweiz". Der Bericht hält fest: 40% der 50- bis 64-Jährigen leiden an einer oder mehreren chronischen Krankheiten. Der Anteil nimmt mit steigendem Alter/steigenden Lebenserwartung laufend zu und beträgt bei über 80-Jährigen rund 70%. Gemäss den Ergebnissen einer Gesundheitsbefragung aus dem Jahr 2012 beanspruchten zwischen 680'000 und 750'000 Männer und Frauen im Alter von 15 bis 64 Jahren innerhalb der vorhergehenden Monate informelle Hilfe von Angehörigen. Bei chronischen Krankheiten (z.B. Demenz, Parkinson) dauert die Krankheitsphase bei rund 30% der Erkrankten zwischen acht und zehn Jahre, bis der Tod eintritt. Der gleiche Bericht erwähnt den zu erwartenden Fachkräftemangel (ca. 18'000 Fachpersonen) und prognostiziert, dass bis ins Jahr 2020 rund 60'000 Fachkräfte in den Gesundheitsberufen durch Pensionierungen ersetzt werden müssen. Rund 330'000 Personen im Erwerbsalter übernehmen regelmässige Betreuungs- und Pflegeaufgaben von Angehörigen. Fazit: Auf Angehörige, welche kranke Familienmitglieder daheim betreuen, kann unter dem Aspekt der nachhaltigen Finanzierung des Gesundheitssystems nicht verzichtet werden.

Basel-Stadt zeigt sich bereits jetzt als relativ fortschrittlicher Arbeitgeber. Immerhin wird im allgemeinen Arbeitsvertrag unter dem Passus "Bezahlter Urlaub" " ... für unvorhergesehene Betreuungseingänge von eigenen Kindern bzw. nahen Angehörigen, sofern es an der notwendigen Betreuung fehlt, pro Jahr maximal 6 Arbeitstage (pro Ereignis max. 2 Tage) ... " festgehalten. Eine wesentliche Unterstützung in einer Notfallsituation also. Erwerbstätige mit Langzeitpatienten daheim fallen jedoch durch die Maschen.

Der Begriff eines "Angehörigen" wird folgendermassen definiert: "Als nahe Angehörige gelten alle im gleichen Haushalt wohnenden Personen sowie die Lebenspartnerin bzw. der Lebenspartner, die Kinder, die Eltern, die Geschwister, die Stiefkinder, Stiefeltern und Stiefgeschwister sowie die Eltern und Kinder der Lebenspartnerin bzw. des Lebenspartners." Fortschrittlich hat der Begriff „Lebenspartnerin“ Einlass in den Vertrag gefunden. Problematisch ist die Definition „ ... im gleichen Haushalt wohnende Personen ... ". Sie entspricht nicht der heutigen Lebensweise der Familien.

Mit Fokus auf die demografische Entwicklung, dem stetigen Älterwerden der Menschen, der steigenden Kosten im Gesundheitswesen und dem prognostizierten Fachkräftemangel stellt sich auch in unserem Kanton die Frage, inwiefern ehrenamtlich tätige Angehörige in der Langzeitpflege ihrer Familienmitglieder in ihrer Arbeit gestärkt und unterstützt werden könnte. Denn: Die Angehörigen übernehmen unentgeltlich Aufgaben, die gesetzlich in der Krankenpflege-Leistungsverordnung für professionelle Pflegemitarbeitende gelten und diesen entsprechend vergütet werden. Und: Pflegende Angehörige sind per se Expertinnen auf ihrem Gebiet.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten

- ob die Kantonale Verwaltung bereit ist, pflegende Angehörige von Langzeitpatienten zu unterstützen, beispielsweise durch die Möglichkeit von Home Office, flexiblen Arbeitszeiten, Arbeitsplatzgarantien für "die Zeit danach", vgl. www.workandcare.ch ?
- ob die Vertragssituation der Mitarbeitenden in der Öffentlichen Verwaltung erweitert und angepasst werden könnte - auch im Sinne einer Signalwirkung für andere Arbeitgeber?
- ob der Bericht (inkl. Aktionsplan) des Bundes bereits auch im Kanton Basel-Stadt dazu geführt hat, pflegende

Angehörige durch Schulung, Information und Unterstützungsangebote zu stärken?

Beatrice Isler, Annemarie Pfeifer, Brigitta Gerber, Georg Mattmüller, Rolf von Aarburg, Andrea Elisabeth Knellwolf, Helen Schai-Zigerlig, Felix W. Eymann, Christine Wirz-von Planta, Thomas Mury, Daniela Stumpf, Patrizia Bernasconi, Heidi Mück, Katja Christ, Christian Egeler

11. Anzug betreffend Gewerbeparkkarte wieder als Anwohnerparkkarte

15.5473.01

Seit dem 1. Januar 2015 kann für 200 Franken eine kantonale, bzw. für 250 Franken eine bikantonale gültige Gewerbeparkkarte bezogen werden. Dieses Angebot stellt das Resultat langer und zäher Verhandlungen zwischen den beiden Kantonen, den Gemeinden und den Gewerbeverbänden dar. Ausgangspunkt der heutigen Lösung war das Nein der Basler Stimmbevölkerung zur rigiden Parkraumbewirtschaftungsvorlage 2010, die unter anderem eine sehr strikte und teure Gewerbeparkkarte vorsah.

Die neue Gewerbeparkkarte wird von den Gewerbetreibenden in beiden Kantonen gleichermaßen begrüsst. Sie wird als wesentliche Erleichterung wahrgenommen. Das Bestellen sowie der Erhalt der Karte erfolgen rasch und unbürokratisch. Jedoch bedeutet der Wechsel von der alten zur neuen Karte für die baselstädtischen Gewerbebetriebe in einem entscheidenden Punkt bedauerlicherweise eine empfindliche Verschlechterung: Für in Basel-Stadt immatrikulierte Fahrzeuge gilt die Gewerbeparkkarte nicht mehr wie bis anhin gleichzeitig auch als Anwohnerparkkarte.

Diese muss neu zusätzlich bezogen werden. Für die Gewerbebetriebe entstand dadurch nebst einem zusätzlichen finanziellen Aufwand vor allem auch ein weiterer, unnötiger administrativer Aufwand.

Die Unterzeichnenden bitten deshalb den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, ob die Parkraumbewirtschaftungsverordnung so angepasst werden kann, dass die Gewerbeparkkarte (GPK) für in Basel-Stadt immatrikulierte Fahrzeuge wieder als Anwohnerparkkarte (APK) für den eigenen bzw. angrenzenden PLZ-Kreis gilt?

Christian Egeler, Luca Urgese, Heiner Vischer, Alexander Gröflin, Remo Gallacchi, Joël Thüring, Martina Bernasconi, Beatrice Isler, Stephan Mumenthaler, Christophe Haller, Thomas Strahm

12. Anzug betreffend vermehrte Unterstützung von Pflegeleistungen durch Familienangehörige/Nachbarn als Beitrag zur Entschärfung des Fachkräftemangels im Gesundheitswesen

15.5474.01

Die Zahl der Betagten nimmt zu. Gleichzeitig steigen auch die Kosten für die Restfinanzierung für die Betreuung im Pflegeheim, welcher der Kanton/die Gemeinden übernehmen müssen. Diese Kosten sind seit deren Einführung im Jahr 2011 in Basel von rund 23 Mio. CHF auf 33 Mio. jährlich gestiegen. Durch eine gute Betreuung durch das Umfeld kann man den Zeitpunkt des Eintritts ins Pflegeheim nach hinten schieben, was Kosten sparen würde. So leben in Basel rund 22% der über 80-jährigen in einem Pflegeheim, während in Riehen nur gut 18% diesen teuren Service in Anspruch nehmen müssen. Vor allem in der Langzeitpflege ist es von zentraler Bedeutung, dass für die Betreuungsaufgaben die Angehörigen/Nachbarn weithin oder noch in verstärktem Masse eingebunden werden können. Diese leisten heute schon einen wesentlichen Anteil an der Betreuung Betagter: Man rechnet jährlich schweizweit mit rund 34 Millionen Betreuungsstunden, welche einem Wert von CHF 1.2 Milliarden entsprechen!

Auch wegen des sich zuspitzenden Fachkräftemangels im Gesundheitswesen wird der Einsatz von Verwandten, Freunden, Nachbarn noch dringlicher. Diese kommen durch die zusätzliche Belastung nicht selten an die Grenze ihrer Belastbarkeit. Auch finanziell können es sich nicht alle Angehörigen leisten, im Beruf zurückzustecken, um ihre Angehörigen daheim zu pflegen. Ausserdem entspricht das selbständige Leben im vertrauten Umfeld dem Wunsch der meisten Betagten.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten:

- Wie die "Beiträge an die Pflege zuhause" attraktiver gestaltet werden können: Neuerdings sind die Beiträge für Erwerbstätige AHV/IV-pflichtig. Dadurch sind die schon jetzt bescheidenen Beiträge, welche zwischen rund 8 bis 47 CHF täglich liegen, indirekt um 15% gesunken. Zu prüfen ist eine Erhöhung der Beiträge an die Pflege zu Hause für Erwerbstätige, zumindest auf das vorherige Niveau. Dies auch im Lichte der Tatsache, dass der Grosse Rat seine eigene Entschädigung erhöht hat, um Abzüge zu kompensieren. Ebenfalls zu prüfen ist eine generelle Erhöhung der Beiträge, um mehr Menschen diesen Dienst an ihren Lieben zu ermöglichen, was wie oben dargelegt, die Gesundheitskosten sogar senken könnte.
- Wie das Angebot der Pflegebeihilfen noch bekannter gemacht werden kann, beispielsweise über die Spitex.
- Wie noch mehr bezahlbare und kurzfristig verfügbare Temporäraufenthalte für Pflegebedürftige geschaffen werden können zur Entlastung der pflegenden Angehörigen, dies insbesondere im Bereich der Demenzkranken.
- Wie ehrenamtlich Pflegenden besser vernetzt werden können, etwa durch Angebote von Gruppen für Betroffene.

Annemarie Pfeifer, Beatrice Isler, Oskar Herzig-Jonasch, Michel Rusterholtz, Remo Gallacchi, Felix W. Eymann, Brigitta Gerber, Thomas Mury, Mustafa Atici, David Wüest-Rudin, Christian Egeler, David Jenny, Urs Müller-Walz, Rolf von Aarburg

Interpellationen

1. Interpellation Nr. 88 betreffend von wem nimmt die Staatsanwaltschaft ihre Befehle entgegen (i.S. diverse Wahlgänge in Basel)

15.5463.01

Es fällt auf, dass die Basler Staatsanwaltschaft nicht neutral ist. Immer öfter kommt der Verdacht auf, die Basler Staatsanwaltschaft ist politischer Befehls-Empfänger. Daher stellen sich viele Fragen. Daher diese Interpellation.

Fakt ist, meine Nationalrats-Kandidaten wurden alle von der Staatsanwaltschaft angerufen und gefragt, ob sie auch unterschrieben haben.

Fakt ist, dass die Telefonnummern von meinen Nationalrats-Kandidaten geheim sind. Ist doch interessant zu wissen, wie die Staatsanwaltschaft diese Telefonnummern hat.

Auf der anderen Seite hat ein anderer Basler Grossrat die Anschriften und Unterschriften seiner Nachbarn gefälscht und eigenhändig alles geschrieben. Es geht um die Unterstützungsunterschriften für eine Liste. In dieser Sache erfolgte eine Strafanzeige gegen einen allen bekannten Grossrat. Aber bei der Staatsanwaltschaft tut sich in dieser Sache nichts, obwohl es um ein Kapital-Verbrechen geht. Weil der Grossrat ein bekannter Gegner von Eric Weber ist.

Es zeigt sich einmal mehr, dass einseitig gegen Eric Weber ermittelt wird, auch wenn am Fall gar nichts dran ist. In anderen Fällen, gegen Gegner von Eric Weber, wird nichts gemacht.

In diesem Zusammenhang folgende Fragen:

1. Ist die Basler Staatsanwaltschaft an politische Weisungen der Basler Regierung gehalten?
2. Wenn jemand mit der Staatsanwaltschaft nicht zufrieden ist, bei welcher Stelle kann man sich konkret beschweren?
3. Ist der Regierungsrat der Chef der Staatsanwaltschaft?
4. Wenn ein Bürger eine Strafanzeige stellen will, muss er das bei der Stawa abgeben oder kann er auch auf Polizeiposten eine Strafanzeige stellen?
5. Ist der Ombudsmann auch für die Staatsanwaltschaft zuständig?
6. Warum wird gegen den Nationalrats-Wahlfälscher nicht ermittelt? Obwohl Eric Weber Strafanzeige eingereicht hat.
7. Warum wurden die Basler Nationalratswahlen, wegen dem Fälscher, nicht für ungültig erklärt?
8. Warum hat die Basler Staatsanwaltschaft keinen Briefkasten, wo man Post einwerfen kann? Eric Weber wurde von einem Justiz-Mitarbeiter reingelegt. Denn dieser sagte an Eric Weber, es sei um die Ecke ein Briefkasten. Aber dort ist kein Briefkasten. Wo ist konkret der Briefkasten der Staatsanwaltschaft?
9. Warum trifft sich die Basler Regierung zu regelmässigen Treffen mit der Staatsanwaltschaft? Wird dort auch über Eric Weber gesprochen?
10. Woher hat die Staatsanwaltschaft die Telefonnummer von Herrn X und von Frau Y., wenn diese beiden Leute nirgends mit ihrer Telefonnummer in einem Telefonbuch stehen? Leben wir tatsächlich in einem Überwachungsstaat?
11. Ist es wieder geplant, dass man Grossrat Eric Weber vor den Grossratswahlen vom 23. Oktober 2016 einsperren will, damit er keinen Wahlkampf machen kann?
12. Warum wurde bis heute nicht bekannt gegeben, wann die Basler Grossratswahlen stattfinden? Wann wird bekannt gegeben, wann die Wahlen sind? Ich schätze es wird der 23. Oktober 2016 sein. Genau vier Jahre zuvor wurde ich von 10 Polizisten am Barfi verhaftet. Das vergisst man nicht. Oh, wie muss man Angst haben, vor mir, Eric Weber, Basels einziger Wahlsieger der Grossrats Wahlen von 2012.

Eric Weber

2. Interpellation Nr. 89 betreffend Klassengrössen an der Volksschule

15.5479.01

Von verschiedenen Lehrpersonen der Sekundarschule, wie auch von Elternseite wurde die Interpellantin darauf aufmerksam gemacht, dass die aktuellen Klassen der Sekundarschule, insbesondere des P-Zugs sehr gross seien und dass in manchen Klassen sogar die gesetzliche Klassengrösse von 25 SchülerInnen überschritten werde.

Im Rahmen der Sparmassnahmen wurde angekündigt, dass auf das Schuljahr 2015/2016 die durchschnittliche SchülerInnenzahl pro Klasse an der Primarschule angehoben werden soll. Von Seiten der Kindergärten ist immer wieder die Rede davon, dass in einigen Quartieren dringend zusätzliche Räumlichkeiten benötigt werden und dass es sehr schwierig ist, geeignete Räumlichkeiten zu finden.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. In wie vielen Klassen der Sekundarschule (A-Zug, E-Zug und P-Zug) werden die gesetzlichen Klassengrössen zur Zeit überschritten?
2. In wie vielen Klassen der Primarschule werden die gesetzlichen Klassengrössen zur Zeit überschritten?

3. In wie vielen Klassen des Kindergartens werden die gesetzlichen Klassengrössen zur Zeit überschritten?
4. Wie viele Klassen der Sekundarschule sind bis zur gesetzlichen Höchstzahl gefüllt? (A-Zug: 16 SchülerInnen, E-Zug: 22 SchülerInnen und P-Zug: 25 SchülerInnen)
5. Wie viele Klassen der Primarschule sind bis zur gesetzlichen Höchstzahl gefüllt? (Primarschule: 25 SchülerInnen)
6. Wie viele Klassen des Kindergartens sind bis zur gesetzlichen Höchstzahl gefüllt? (Kindergarten: 20 SchülerInnen)
7. Wie werden allfällige Überschreitungen der gesetzlichen Klassengrössen an der Sekundarschule, der Primarschule und des Kindergartens begründet?
8. Wie wird dafür gesorgt, dass die Klassen aller Schulstufen in einer Grösse gebildet werden, die es erlaubt auch unterjährig zuziehende SchülerInnen (Bsp. Flüchtlingskinder) aufzunehmen, ohne dass die gesetzliche Höchstzahl überschritten wird?
9. Wie wird dafür gesorgt, dass an allen Schulstufen keine Überschreitung der gesetzlichen Klassengrössen mehr stattfindet?

Heidi Mück

Schriftliche Anfragen

1. Schriftliche Anfrage betreffend Instandhaltung des Weihers im Friedhof Hörnli und der Aufwertung des Platzes vor der Urnenwand

15.5483.01

Der Friedhof Hörnli ist einer der grössten Friedhöfe der Schweiz. Eingebettet in eine grosszügige Parkanlage bietet er ein würdiges Umfeld für die vielen trauernden Besucherinnen und Besucher. 2002 wurden eine neue Urnenmauer, Wiesengräber und als gestalterische Massnahme auch ein kleiner Naturteich eingeweiht.

Mit einer kleinen Brücke, einer Treppe, welche wie eine "Himmelsleiter" zu den Wiesengräbern und Fassungen für Regenwasser führt, sowie Fassungen, welche auch als Wasserplatz für Insekten dienen, wurde damals ein landschaftsarchitektonisch interessantes aber auch umstrittenes Projekt verwirklicht. Der Teich wurde schnell von Fischen und Amphibien bevölkert und die Ufervegetation hat sich natürlich ausgebreitet.

Unterdessen ist die Anlage in die Jahre gekommen: Der Teich hat ein Leck und muss regelmässig mit Trinkwasser nachgefüllt werden, damit die Lebewesen überleben können. Der Platz vor der Urnenwand ist von Unkraut überwachsen und das Ganze macht einen eher tristen Eindruck. Auch die Urnenanlage selbst wirkt wie eine heruntergekommene Industriebaute.

Deshalb bitte ich den Regierungsrat, die folgenden Themenkreise vertieft zu prüfen und zu berichten:

- Ein Ziel der Neuanlage war die Förderung der Biodiversität. Wie hat sich diese entwickelt?
- Auf welchem Stand ist die Planung für die Instandsetzung der Teichanlage? Es wurde damals eine natürliche Bauweise gewählt. Wird diese verändert, um den Teich längerfristig zu sanieren? Würde der ökologische Nutzen trotzdem erhalten bleiben?
- Der grosse Platz vor der Urnenwand macht einen ungepflegten Eindruck. Welchen Aufwand bedeutet das Säubern des Platzes von Unkraut? Könnte man den Platz auch begrünen? Dies könnte den Gesamteindruck verbessern und möglicherweise den Pflegeaufwand verringern.
- Der Platz ist kaum möbliert. Bestehen Ideen, beispielsweise zum Aufstellen von Ruhebänken oder zur sonstigen Aufwertung des Platzes?
- Damals wurde auch die Möglichkeit zur Wahl eines Wiesengrabes geschaffen. Wie wird dieses Angebot in Anspruch genommen und welche pflegerischen Aufgaben entstehen dadurch für die Stadtgärtnerei?
- In welchem zeitlichen Rahmen können die oben beschriebenen Mängel behoben werden?

Annemarie Pfeifer

2. Schriftliche Anfrage betreffend wälzt die Post die Kosten der Zeitungsgrundversorgung auf die kantonalen Sozialhilfen ab?

15.5485.01

In der Deutschschweiz ist die Posttochter Presto für die Grundversorgung der Zeitungen (Zeitungsvertragung) zuständig. Bei der Presto sind seit Jahren zahlreiche SozialhilfeempfängerInnen beschäftigt, da es sich um Arbeitsplätze handelt, die keine existenzsichernden Einkommen ermöglichen.

In den letzten sechs Jahren wurden die Löhne bei Presto zudem jährlich um rund 5% gekürzt (2009 Reallohnkürzung von 20%, 2014 Reallohnkürzung von 3% und 7% Lohnkürzung durch Kürzung der täglichen Arbeitszeit).

Die Postchefin Susanne Ruoff gab kürzlich in einem Interview mit der Basellandschaftlichen Zeitung folgendes Zitat zum besten: "Der Staat will eine postalische Grundversorgung für die Bevölkerung, finanziert durch die Erträge des Unternehmens und des Teilmonopols im Briefmarkt – der Steuerzahler wird nicht belastet."

Betrachtet man nun die massiven Lohnkürzungen in den letzten Jahren bei der Posttochter Presto und damit bei all den bereits von der Sozialhilfe abhängigen Arbeitnehmenden, so muss in Zweifel gezogen werden, dass der Postkonzern die Lohnkürzungen nicht doch auf die Steuerzahlenden abwälzt, namentlich über entsprechend höhere Sozialhilfebeiträge.

Es stellen sich folgende Fragen:

1. Kann für den Kanton beziffert werden, wie viele SozialhilfeempfängerInnen bei Presto arbeiten?
2. Wenn ja, kann festgehalten werden, dass deren Beträge korrespondierend zu den Lohnsenkungen bei Presto erhöht werden mussten?
3. Lässt sich die Gesamtsumme der Beitragserhöhungen (z.B. seit 2009) beziffern?
4. Muss die Regierung allenfalls auch davon ausgehen, dass der Postkonzern hier die Lohnkürzungen bei ihrer Tochter Presto auf Kosten der SteuerzahlerInnen praktiziert?
5. Wäre der Regierungsrat bereit, dieses Thema mit anderen Kantonen aufzunehmen, z.B. im Rahmen der Sozialdirektoren-Konferenz?

Toya Krummenacher

3. Schriftliche Anfrage betreffend Notschlafstelle

15.5486.01

Die Rückmeldungen aus mehreren sozialen Institutionen, welche ihre Klienten in die Notschlafstelle zuweisen dürfen, ergeben ein eindeutiges Bild. Sie können es sich nicht mehr leisten, ihren Klienten einen Gutschein für die Übernachtung in der Notschlafstelle zu offerieren, sind sie doch oft selber Subventionsempfänger vom Kanton und zudem in aller Regel auf Spenden angewiesen. Der Zugang zur Notschlafstelle wird als erschwert wahrgenommen, u.a. weil sich die Tarife für eine Übernachtung per 1. September 2015 änderten.

Kurz zusammengefasst die wichtigsten Änderungen:

- Neu: Für kantonal gemeldete Personen erhöht sich der Tarif von CHF 6.- auf CHF 7.50 pro Nacht.
- Mit der bisher herrschenden Praxis konnten zuweisende Institutionen auch für kantonsfremde Personen den Tarif für Innerkantonale (CHF 6.-; neu CHF 7.50) bezahlen. Neu wird nun sofort der Tarif für Ausserkantonale verlangt (CHF 40.-).
- Der Wochenrabatt fällt weg, obwohl Kostengutsprachen für mehrere Nächte Sinn machen, weil sich nicht jeder Wiedereingliederungsprozess, resp. die Suche nach einer Bleibe innerhalb weniger Tage abwickeln lässt. Ebenfalls würden sich mehrtägige Gutsprachen bei Vorhersagen von harten Kälteperioden aufdrängen.

Fazit: Soziale Institutionen sagen, sie würden künftig wohl oder übel auf das Ausstellen von Gutscheinen verzichten müssen. Niederschweligen Institutionen für Tagesaufenthalte beobachten gleichermassen, dass die Zahl der wirklich Obdachlosen in Basel zusehends steigt.

Der Kanton Basel-Stadt finanziert die Notschlafstelle zu 80%. Herkunftskantone und –gemeinden der übernachtenden ausserkantonalen Personen werden richtigerweise zur Deckung der Kosten hinzugezogen. In der heutigen Zeit der angespannten Budgets ist es wichtig, dass die eingesetzten finanziellen Mittel effizient und richtig eingesetzt werden. Die Notschlafstelle ist nicht beliebt und daher nicht ausgebucht; Obdachlose versuchen zu vermeiden, dort zu übernachten. Bleiben Betten leer?

Die Unterzeichnende bittet den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- Macht es Sinn, dass Subventionsempfänger des Kantons Basel-Stadt zu Gunsten einer kantonalen Stelle immer mehr zur Kasse gebeten werden?
- Macht es Sinn, dass zuweisende Institutionen künftig aus finanziellen Gründen auf das Ausstellen von Übernachtungsgutscheinen verzichten müssen?
- Die Notschlafstelle ist nicht sehr beliebt (Aussage von Klienten: Lärmig, es wird geklaut, es gibt oft Streit). Werden durch die Verteuerung der Schlafplätze künftig noch mehr Betten leer bleiben?
- Wann wurde das Konzept der Notschlafstelle zum letzten Mal evaluiert?
- Wie erfüllt der Kanton Basel-Stadt die Vorgaben des § 12 der Schweizerischen Bundesverfassung, welcher das Folgende festschreibt: "...jedem sich in der Schweiz aufhaltenden Menschen die elementaren Existenzvoraussetzungen sichern, also Nahrung, Kleidung, Obdach und grundlegende medizinische Versorgung. Der Leistungsumfang ist auf das unentbehrliche Minimum beschränkt.“?

Beatrice Isler

4. Schriftliche Anfrage betreffend Velo-Vignette für Basel

15.5495.01

Früher hat man jedes Jahr am Postschalter seine Jahreskarte für das Velo gekauft. Ich glaube, das wurde im Jahr 1993 eingestellt.

In Basel gibt es viele Velo-Parkplätze.

1. In welchem Jahr hatte es letztmalig die Velo-Vignette zu kaufen gegeben?
2. Warum wurde diese Velo-Vignette abgeschafft?
3. Wer finanziert in Basel die Velo-Parkplätze?
4. Wäre die Basler Regierung für die Einführung einer Basler Velo-Vignette von z.B. Fr. 20 pro Jahr oder bringt das nichts?

Eric Weber

5. Schriftliche Anfrage betreffend zu teures Jungbürgerfest

15.5496.01

In der Basler Zeitung vom 9. September 2015 ist zu lesen, dass nur 22 Prozent der Eingeladenen an die Jungbürgerfeier kamen. Der Kanton steuerte 100 000 Franken bei. 300 Jungbürger kamen. Das sind also Kosten von 300 Franken pro Teilnehmer. Da kann doch etwas nicht stimmen. Daher unsere Anfrage.

1. Warum gibt der Kanton 300 Franken aus pro einzelnen Jungbürger? Warum sind die Kosten so hoch?
2. Wer bezahlt weiter noch Gelder an die Jungbürger-Feier?
3. Was für ein Programm gab es 2015 an der Jungbürger-Feier?

Eric Weber

6. Schriftliche Anfrage betreffend Überwachung von Schweizer Bürgern durch Schweizer Beamte

15.5497.01

Der Fichen-Skandal von 1990 könnte man als helvetisches Pendant zu den DDR-Stasi-Akten bezeichnen. Ein grosser Teil der Schweizer Bevölkerung wurde in einer Intensität und Dauer vom Staatsschutz beobachtet, wie man es sich nicht hatte vorstellen können. Seit 1945 standen fast eine Million Schweizer, also ein Sechstel der Bevölkerung, unter Überwachung.

Vor rund 6 Jahren kam in Basel heraus, dass fünf türkisch-stämmige Grossräte auch bespitzelt wurden.

1. Wieviele Basler Grossräte werden heute überwacht?
2. Wird auch Grossrat Eric Weber bespitzelt?

Eric Weber

7. Schriftliche Anfrage betreffend Evaluierung des Krankenstandes des Basler Lehrpersonals

15.5498.01

1. Wie oft waren die Basler Lehrer krank?
2. Wie viele Ferien hat ein Basler Lehrer pro Jahr?
3. Warum haben die Lehrer mehr Ferien als andere Kantonsangestellte?
4. Könnte man die Lehrer nicht in den Ferien für Sprachkurse oder andere Tätigkeiten verpflichten?

Eric Weber

8. Schriftliche Anfrage betreffend Linksextremismus in Basel

15.5499.01

Viele Bürger sagen immer mehr, Basel ist rot-grün. Also Links. Wie verhält es sich aber konkret mit dem Linksextremismus in Basel. Aufklärung, Prävention und Exitstrategie wären wichtig.

1. Gibt es in Basel einen Linksextremismus?
2. Es ist doch bekannt, dass die meisten Demos von Linken beantragt werden? Gibt es konkret Zahlen, von wem oder von welchen Parteien diverse Demos beantragt wurden?
3. Was für eine Aufklärung und was für eine Prävention hat der Kanton in Sachen Linksextremismus?
4. Gibt es ein Aussteiger-Programm für Linksextreme?

Eric Weber

9. Schriftliche Anfrage betreffend warum verschenkt Basel seine Trams

15.5500.01

Immer wieder kann man in den Medien lesen, dass Basler Trams ins Ausland verschenkt werden. Viele Bürger können das nicht mehr nachvollziehen. Warum werden Trams, die noch gar nicht so alt sind, ins Ausland verschenkt.

1. Wieviele Trams wurden von Basel bisher ins Ausland verschenkt? Und in welche Länder und Städte?
2. Warum dürfen diese Trams nicht mehr weiter in Basel verkehren? Es ist doch schlimm, Basel gibt für neue Trams viel Geld aus. Gleichzeitig werden alte Trams verschenkt? Kann man die alten Trams nicht modernisieren und in Basel behalten?
3. Warum werden Trams, die noch gar nicht so alt sind, ins Ausland verschenkt?

Eric Weber

10. Schriftliche Anfrage betreffend Veröffentlichungen im Basler Kantonsblatt

15.5501.01

Sehr oft werde ich von Bürgern angesprochen, dass diese im Kantonsblatt von mir gelesen haben. Es geht darum vor allem um meine Anzüge. Diese stehen auf der Tagesordnung des Grossen Rates (Einberufung des Grossen Rates). Diese Tagesordnung wird im Kantonsblatt veröffentlicht. Nun denken diese Bürger, Eric Weber macht Anzüge. Von den Schriftlichen Anfragen wissen diese Bürger gar nichts.

Nun ist es so: Macht man viele Anzüge, werden diese von den Lesern wahr genommen. Macht man viele Schriftliche Anfragen, so können diese vom Leser gar nicht wahr genommen werden.

Könnte sich die Regierung vorstellen, inskünftig auch die Titel der Schriftlichen Anfragen im Kantonsblatt zu veröffentlichen?

Eric Weber

11. Schriftliche Anfrage betreffend Konzepte für unsere Stadt

15.5502.01

Woran kranken Konzepte für eine Stadt häufig? Dass die direkt Betroffenen, nämlich die Einwohner, gar nicht gefragt werden. Zugleich bringen von aussen kommende Experten zwar den so wichtigen Blick über den Tellerrand mit, müssen die Suppe aber nachher nicht auslöffeln.

Als Grossrat bekomme ich viele Konzepte von meiner geschätzten Regierung zugeschickt. Aber obwohl ich seit 1984 Berufspolitiker bin, habe ich schon lange die Übersicht verloren.

1. Wieviele Konzepte gibt es für unseren Kanton?
2. Wie denkt der Kanton, dass die direkt Betroffenen, nämlich die Einwohner, besser zur Sprache kommen könnten?

Eric Weber

12. Schriftliche Anfrage betreffend wieviele Kantinen hat der Kanton Basel-Stadt

15.5503.01

1. Wieviele Kantinen hat der Kanton?
2. Wird die Wirtschaftlichkeit eigener Kantinen regelmässig überprüft und ggf. Verpachtung in Erwägung gezogen?

Eric Weber

13. Schriftliche Anfrage betreffend Graffiti in Basel

15.5504.01

Die Protagonisten gelten als subversiv, sind meist männlich und ziemlich jung. Sie betrachten die Gesellschaft als grau und sprayen das Stadtbild mit als Tags bezeichneten Schriftzügen hässlich. Soweit die Vorurteile. Doch Graffiti kann durchaus Kunst sein - Strassenkunst eben.

1. Ist Graffiti in Basel erlaubt?
2. Gibt es spezielle Orte, wo sich Sprayer austoben können?
3. Was ist die Meinung der Regierung zu Graffiti?

Eric Weber

14. Schriftliche Anfrage betreffend welche Bauzukunft für unsere schöne Stadt Basel 15.5505.01

Wir wissen aus 40 Jahren Forschung, dass das Leben in einer Stadt sehr von den Bedingungen dort abhängt. Wenn wir viele Hochhäuser bauen und die Strassen dadurch windig und verschattet sind, gehen die Leute nicht raus. Wenn wir die Strassen mit Lärm, Gestank und Gefahren füllen, auch nicht. Wenn wir stattdessen die Plätze von Autos frei räumen, so dass Kinder rumrennen können und man sich mit einem Kaffee auf eine Bank setzen kann, ändert sich das. Es gibt einen direkten Zusammenhang zwischen dem, was die Stadt macht, und was die Menschen in ihr machen. Wenn man das Leben in einer Stadt töten will, kann man das. Wenn man Menschen auf die Plätze holen will, auch.

Wenn die Bewohner einer Stadt sich auf öffentlichen Plätzen begegnen, statt isoliert in ihrer Wohnung zu hocken, haben sie das Gefühl, Teil einer Gemeinschaft zu sein. Das Leben auf öffentlichen Plätzen ist wichtig für die soziale Gesundheit. Italien lässt grüssen.

1. Was tut die Regierung für öffentliche Plätze in Basel?
2. In Kleinbasel liegt immer mehr Müll auf der Strasse rum. Was kann getan werden?

Eric Weber

15. Schriftliche Anfrage betreffend wir fürchten das Riesenrad bei der Basler Herbstmesse 15.5506.01

Europaweit wehren sich Karussell-Betreiber gegen eine neue Sicherheitsvorgabe aus Brüssel. Sie sagen, die Norm könne nicht auf alte Fahrgeschäfte angewendet werden. Jahrmärkte sind in Europa ohne Riesenrad, Kettenkarussell oder Musik-Express kaum denkbar. Doch die Schausteller befürchten, dass einige Klassiker künftig von der Kirmes und auch von der Basler Herbstmesse verschwinden könnten. Denn die Genehmigungen für die sogenannten Fliegenden Bauten werden nur noch erteilt, wenn sie die neue EU-Norm DIN EN 13814 erfüllen. Allein die Überprüfung der alten Fahrgeschäfte würde jeden Tausende Franken kosten, klagen die Betreiber, die im Herbst 2015 nach Basel kommen wollen. Sie halten die Übernahme der EU-Norm für alte Karussells für rechtswidrig.

1. Welche Sicherheitsvorgaben bestehen bisher?
2. Ist die Volksfestkultur in Gefahr?

Eric Weber

16. Schriftliche Anfrage betreffend ist es schädlich, das Handy nachts auf dem Nachttisch zu deponieren 15.5507.01

Ist es schädlich, das Handy nachts auf dem Nachttisch neben dem Kopf zu deponieren -was kann man gegen Strahlen tun?

Eine mögliche Gesundheitsgefahr bei Vieltelefonieren ist laut Internationaler Agentur für Krebsforschung der WHO nicht endgültig belegbar. Wenn du aber in einer Fernbeziehung lebst und jedes Geräusch, das dein Partner macht, mitbekommen willst -vom Schnarchen bis zum Reden im Schlaf - , wenn du also über Jahre jede Nacht durchtelefonierst und ausserdem ein Handy mit hohem Strahlenwert von über 0,6 SAR hast, dann könnte es laut Aussagen von Experten auch strahlentechnisch schädlich werden.

1. Wie sieht es um die Handy-Strahlen im Kanton Basel-Stadt aus?
2. Was kann man in seiner Wohnung gegen Strahlen tun?

Eric Weber

17. Schriftliche Anfrage betreffend wie mit der Informationsflut umgehen? 15.5508.01

Wie mit der Informationsflut umgehen? Wo kann man sein Wissen erweitern? In der Informationsflut muss man auch als Politiker eine Schippe drauflegen, um aufzufallen. Grossrat Eric Weber beweist das immer wieder neu. www.ericweber.net und seine Filme auf youtube sind der Renner und haben Rekord-Klickzahlen für die gesamte Schweiz. Er versteht gekonnt mit den neuen Medien, genannt Social Media, umzugehen.

Wer in einer politischen Partei aktiv ist, muss sein Handwerk beherrschen. Das tut Eric Weber. Die Arbeit erfordert insbesondere rhetorisches und argumentatives Geschick sowie fachliches Grundlagenwissen über Aspekte gesellschaftlich relevanter Themen.

Aber der Kanton tut wenig für die Politiker. Nimmt man z.B. Deutschland, dort hat jedes Bundesland (Kanton) eine Landeszentrale für politische Bildung. Dort kann man oftmals in Gratis-Kursen sein Wissen erweitern, um fit zu sein, für den Einstieg in der Lokal-Politik.

1. Leute, die in der Politik mitmischen wollen, wo können sich diese in Basel informieren?
2. Was für Kurs-Angebote gibt es in Basel?

3. Wo können, ausser im Rathaus, politische Broschüren abgeholt und abgegeben werden? Der Prospekt-Ständer im Rathaus-Eingang ist sehr gut und wird von den Baslern sehr gut beachtet.

Eric Weber

18. Schriftliche Anfrage betreffend ist Mundart eine Amtssprache

15.5509.01

Ist Mundart eine Amtssprache? Das höchste Basler Gericht muss darüber befinden, ob Mundart eine Amtssprache ist. Wir haben aber die Gewaltenteilung in Basel. Daher meine Anfrage an die Regierung.

Ist unser Dialekt eine Amtssprache?

Eric Weber

19. Schriftliche Anfrage betreffend wieviele Asylbewerber haben Basel freiwillig verlassen

15.5510.01

Ich garantiere meinen Wählern, dass ich mich jederzeit für ihre Belange einsetze und mit bisher im Grossen Rat nicht gekannter Hartnäckigkeit und Transparenz eine neue Qualität der Bürgerorientierung einfordere. Und das seit 1984. Ich habe vor, dies bis 2051, meinem Todesjahr, durch zu führen. Dann bin ich Alterspräsident in Basel.

Das Asylthema interessiert die Leute.

1. Wieviele Asylbewerber haben Basel freiwillig verlassen?
2. Wieviel Geld haben diese Asylbewerber auf ihren Heimweg mitbekommen?
3. Wieviele Asylbewerber wurden ausgeschafft, da sie nicht freiwillig gehen wollten? Was hat das gekostet? In der Fachsprache nennt man dies auch Abschiebung.
4. Ich wäre der Regierung dankbar, sie könnte ein paar Zahlen nennen.
5. Menschen, die versuchen, sich der Abschiebung zu entziehen, können in der Abschiebehafte landen. Wieviele Menschen waren in letzter Zeit in Basel in Abschiebehafte?
6. Wer abgeschoben wird, muss dieser selbst die Kosten dafür tragen?
7. Gibt es in Basel Aufnahme- und Rückführungszentren? Oder wo sind diese Zentren, die für Basel zuständig sind?

Eric Weber

20. Schriftliche Anfrage betreffend wie hoch sind die aktuellen Flüchtlingszahlen für Basel

15.5511.01

Die Stimmung im Volk kippt trotz Erziehungsmedien, zumindest für den massenhaften Zustrom vom Balkan und aus Afrika hat der Normalbürger im Kanton keinerlei Verständnis mehr. Die Politik täte sehr gut daran, zwischen Kriegsflüchtlings und Armutflüchtlings zu unterscheiden, die einen zeitlich begrenzt unterzubringen und die anderen gar nicht erst ins Land zu lassen. Es beschleicht einem das Gefühl, hier werden bewusst zu niedrige Zahlen veröffentlicht, um die Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhalten.

1. Wie viele Flüchtlinge leben aktuell in Basel?
2. Wie viele davon sind Männer oder Frauen?
3. Wie viele Flüchtlinge kamen in den letzten Monaten? Bitte einfach die neuen Zahlen liefern. Danke.

Eric Weber

21. Schriftliche Anfrage betreffend was tut der Kanton gegen Duckmäuser und Opportunisten

15.5512.01

Politik ist kein Geschäft für die Zartbesaiteten, Rücksichtsvollen oder zwanghaft Ehrlichen. Die Herrschaft der Mittelmässigen verhindert den Einzug von Leuten mit Stil, Intelligenz und Geschmack (siehe Grossrat Eric Weber) in die Beletagen der Politik. Die üblichen Karrieremechanismen fördern Duckmäuser und Opportunisten.

Im Kanton Basel-Stadt gibt es viele Programme, vom Staat bezahlt, die irgendwie etwas fördern. Aber es gibt kein Programm für Ehrlichkeit und für uns Schweizer. Für Ausländer und Asylanten wird viel mehr gemacht.

1. Was tut der Kanton gegen Duckmäuser und Opportunisten?
2. Wie fördert der Kanton die freie Meinungsbildung, die unsere Verfassung sogar vorschreibt?

Eric Weber

22. Schriftliche Anfrage betreffend Ängste in der Bevölkerung

15.5513.01

In der Menschheitsgeschichte waren viele Ängste ein Überlebensvorteil – auch die Angst vor dem Fremden. Heute nutzt sie weniger den Ängstlichen als den Populisten, die von Wahlsieg zu Wahlsieg eilen.

Daher legte der Kanton Basel-Stadt ein Programm auf gegen Fremdenfeindlichkeit.

Was unternimmt der Kanton aber, um die Ängste der Bevölkerung endlich ernst zu nehmen?

Eric Weber

23. Schriftliche Anfrage betreffend Bürger, die die Krankenkasse nicht bezahlen

15.5514.01

Es werden immer mehr Basler, die die Krankenkasse nicht mehr bezahlen. Es gibt ein Abkommen, dass dann der Kanton an die Krankenkasse Geld bezahlt. Zu diesem Sachverhalt bitte folgende Fragen:

1. Wieviel hat der Kanton BS in den letzten fünf Jahren an die Krankenkassen bezahlt, weil Bürger ihren Beitrag nicht bezahlt haben?
2. Wenn ein Bürger die Krankenkasse nicht bezahlt, wird er betrieben. Aber der Kanton hat das Geld an die Krankenkasse schon bezahlt. Angenommen der Bürger bezahlt dann, erstattet die Krankenkasse an den Kanton das bisher bezogene Geld zurück?

Eric Weber

24. Schriftliche Anfrage betreffend mehr Einwohner in meinem Wahlkreis Kleinbasel. Was hat das für die Sitzverteilung des Grossen Rates zu bedeuten?

15.5515.01

Basel-Stadt wird als Wohnort für Arme attraktiver und man erwartet in den nächsten 20 Jahren eine sechzehnprozentige Zunahme der Wohnbevölkerung von 196'000 auf fast 230'000. Damit wäre man auf dem Stand der 1970er-Jahre vor der grossen Stadtfucht. Am meisten zunehmen, so die Prognosen, wird die Bevölkerung in den nächsten zwei Jahrzehnten im Kleinbasel mit 27 Prozent.

1. Wenn das Kleinbasel um fast ein Drittel wächst, dann sollten wir Kleinbasler auch mehr Sitze im Grossen Rat bekommen. Wie oft wird die Sitzzahl der Basler Wahlkreise an die Bevölkerung angepasst?
2. Da im Kleinbasel zu 60% Ausländer und Asylanten leben, werden die Ausländer auch eingerechnet, um festzustellen, wieviele GR-Sitze das Kleinbasel haben soll? Oder wird nur mit Schweizer Einwohnern gerechnet?
3. Wenn Basel um 30'000 Einwohner steigt, dann könnte Basel-Stadt wieder sechs oder sieben Sitze im Nationalrat haben?

Eric Weber

25. Schriftliche Anfrage betreffend Staatsschulden

15.5516.01

Was ist Staatsverschuldung eigentlich genau? Und wie entsteht sie? Um das komplexe Phänomen zu veranschaulichen, bitte ich die hohe Regierung um Staatskundeunterricht, auch wenn ich im KV mit der Note 6 immer der beste Schüler im Unterricht war. Auch Grossrat und Präsident Eric Weber kann nicht alles wissen. Ich weiss nur:

Per Ende 2014 betragen die Bruttoschulden des Kantons Basel-Stadt über 7 Milliarden Franken. Das sind 35'000 Franken pro Einwohner.

Das Finanzvermögen von unserem Kanton sind 5 Milliarden Franken.

Für 2015 hat der Regierungsrat schon über 2,6 Milliarden Franken Nettoschulden budgetiert.

1. Das Finanzvermögen von unserem Kanton sind rund 5 Milliarden Franken. Was sind davon die Schwergewichte? Geht es da um Gelder auf Banken oder auch um Immobilien?
2. Wenn der Kanton 7 Milliarden Schulden hat, warum werden dann nicht Gelder von Banken locker gemacht?
3. Wenn der Kanton 7 Milliarden Schulden hat, warum werden dann nicht Immobilien verkauft?
4. Der Bürger sagt sich, wir haben Weltfirmen in unserem Kanton, aber dennoch macht der Kanton in 2015 Schulden in Höhe von 2,6 Milliarden Franken. Warum machen wir Schulden? Ich dachte immer, in den letzten Jahren machte der Kanton Erfolg. Habe ich da etwas falsch gelesen oder falsch verstanden?

Eric Weber

26. Schriftliche Anfrage betreffend wenn Behinderte in Basel wählen

15.5517.01

In der Schweiz am Sonntag vom 11. Oktober ist eine Reportage über meine Schwester Anina Weber. Sie koordiniert in Basel z.B. die nationalen Wahlen. Im Text steht: "2016 werden alle Behinderten, die ohne fremde Hilfe nicht wählen oder abstimmen können, zugelassen."

1. Dürfen heute Behinderte in Basel-Stadt schon wählen?
2. Wie soll das funktionieren, wenn ein Behinderter wählen soll? Das geht doch gar nicht.
3. Ein Behinderter hat im Normalfall ein Betreuer. Wird dann der Betreuer für den Behinderten wählen?
4. Oder wie muss man die Aussage verstehen, dass ab 2016 auch die Behinderten wählen dürfen?
5. Gilt das Wahlrecht für Behinderte auch schon für die GR-Wahl vom 23. Oktober 2016?

Eric Weber

27. Schriftliche Anfrage betreffend Inserat gegen Interview

15.5518.01

In der Basler Zeitung vom 8. September kann man lesen, dass ein lukrativer Auftrag für einen CVP-Vorstand in Höhe von 66'000 Franken vom Gesundheitsdepartement bezahlt wird. Als Journalist und Grossrat weiss man, wie der Hase läuft. Oft kommt man in eine Zeitung oder in eine Zeitschrift, wenn man dafür eine Gegenleistung gibt.

Regierungsrat Eymann schreibt das Vorwort "Bedeutung der Uni für die Region Basel" in der Zeitschrift Best of Nordwest, 6. Ausgabe 2015.

Thomas Kessler hat eine Sonderseite in der Zeitschrift Geschäfts Führer, Ausgabe Herbst 2015.

1. Wieviel Geld hat der Kanton an die Zeitschrift Best of Nordwest bezahlt, damit Herr Eymann das Vorwort verfassen kann?
2. Wieviel Geld hat der Kanton an die Zeitschrift Geschäfts Führer bezahlt, damit sich Kessler über das Lamentieren ausbreiten kann?

Eric Weber

28. Schriftliche Anfrage betreffend der Staat muss nationale Identität schützen

15.5519.01

Gerade gegenüber überdimensionierten Einwanderungs- oder Flüchtlingsströmen ist das Prinzip der nationalen Identität der Basler zu wahren.

Der Gesetzgeber hat nicht nur die Aufgabe, für die nötigen Integrationsmassnahmen zu sorgen, sondern auch über die Wahrung der nationalen Identität zu wachen. Der Gesetzgeber, hier unser Kanton, hat insbesondere dafür Sorge zu tragen, dass nicht Kontra- oder Parallelgesellschaften von Angehörigen anderer Kulturkreise begründet werden.

Die Gewichte der Religion werden sich in Basel noch mehr verschieben.

Vierfünftel der Asylanten kommen aus muslimischen Ländern mit einer völlig anderen Wertestruktur. Die Zahl der Muslime in Basel wird sich versechsfachen. Ihr Selbstbewusstsein wird stärker, ihr Anspruch auf politische Mitbestimmung wird wachsen und natürlich auch das Streben nach Dominanz im öffentlichen Leben. Staat und Religion sind für Muslime identisch.

1. Wollen wir ein Winterfest statt Weihnachten, den Ruf des Muezzin neben dem Kirchengeläut?
2. Sind Gesetze gottgegeben oder werden sie vom Parlament beschlossen?
3. Ich habe grosse Angst, dass unser Grosse Rat an Macht und Einfluss einbüsst durch die Einwanderung?
4. Würde es in unserer Regierung und in unserem Parlament eine Änderung geben, wenn die Mehrheit Muslime sind? Das wird übrigens für 2050 erwartet, wenn ich Alterspräsident vom Grossen Rat bin.

Eric Weber

29. Schriftliche Anfrage betreffend verzerrende Informationen in der Asylanten-Frage

15.5520.01

Die Volks-Aktion machte den Faktencheck. Zum Thema Asylanten. Wunsch und Realität im Faktencheck nennt sich das. Zeitungen wie die Basler Zeitung, 20 Minuten oder Blick am Abend sowie andere Kanäle (Telebasel) quellen über von einfältigen, vereinfachenden und grob verzerrenden Informationen, die für die unterschiedslose und praktisch unbegrenzte Aufnahme von "Flüchtlings" Stimmung machen sollen. Demnach sind Zuwanderer gebildet, werden von der Wirtschaft händeringend gesucht und sind zudem auch augenscheinlich nicht krimineller als Einheimische. Alles Lüge. Wie darauf antworten. Die Volks-Aktion macht den Faktencheck.

Flüchtlinge nehmen uns den Job weg. Wenn die Wirtschaft nach schnellerem Arbeitsmarktzugang für Asyl-Immigranten ruft, will sie vor allem das Angebot billiger Arbeitskräfte vergrössern, um die Löhne zu drücken.

Flüchtlinge kommen nur wegen des Geldes her. Sogar der serbische Ministerpräsident Aleksandar Vucic erklärte kürzlich, Asylbewerber aus seinem Land seien nicht politisch verfolgt und kämen "nur wegen des Geldes" nach Deutschland.

Flüchtlinge sind besonders häufig kriminell. Die Kriminalitätsbelastung von Asylbewerbern ist um das Acht- bis Zehnfache über dem Bevölkerungsdurchschnitt.

Flüchtlinge wohnen besser als viele Basler. Asylanten wohnen nur in der ersten Zeit in Notunterkünften. Später werden diese auch in Basel in Vier-Sterne-Hotels am Rhein untergebracht. Vielerorts werden mit Vorrang Wohnungen für Asylbewerber neu errichtet oder generalsaniert.

Basel kann sich Asylanten nicht leisten. Wir brauchen keine sprachunkundigen Zuwanderer, die nicht nach Qualifikation und Integrationsfähigkeit ausgesucht wurden, sondern willkürlich ins Land gelassen werden, Kosten verursachen und Transferleistungen beanspruchen.

Basel-Stadt verheimlicht weiterhin die Anschriften der Asylunterkünfte. Wie gross muss die Angst sein, dass der Kanton weiterhin nicht bekannt gibt, wo sich in Basel die Asyl-Unterkünfte befinden.

In diesem Zusammenhang nochmals folgende Fragen. Denn wir wollen uns nicht hinter das Licht führen lassen. Es kann ja sein, dass es nun eine Gesetzesänderung gibt. Daher nochmals meine Fragen als Abgeordneter und Wahlsieger an die Regierung:

1. Wohnen Asylanten nach wie vor im Hotel im Kanton Basel-Stadt?
2. Was wurde aus dem Asylanten, der im Luxushotel am Rhein wohnte? Sicherlich wird die Antwort kommen, aus Personen-Schutz-Gründen darf die Frage nicht beantwortet werden.
3. Warum gibt die Regierung nicht bekannt, wo die Asylanten-Heime in Basel sind? Wo leben diese Menschen? Es gibt evt. auch Gutmenschen, die dorthin Essens-Pakete bringen wollen.
4. Wenn die Regierung nicht sagen will, wo die Asylanten leben, will der Grossrat Weber nun folgendes wissen: Wieviele diverse Wohnanlagen für Asylanten gibt es in Basel?
5. Wieviele Wohnungen hat der Kanton Basel-Stadt für Asylanten angemietet?
6. Wie hoch sind die Kosten für Miete für Asylanten?

Eric Weber

30. Schriftliche Anfrage betreffend wird Riehen zu einem anderen Kanton wechseln

15.5521.01

Senioren mit Kinderwagen sind in Riehen ein häufiger Anblick. Die Stadt an der deutschen Grenze, die wegen des Kunstmuseums Fondation Beyeler bekannt ist, vereint Jung und Alt wie keine andere. Hier leben so viele Rentner wie nirgends in der Schweiz. Zugleich trägt der Ort das Unicef-Label "Kinderfreundliche Gemeinde". Dass alle Generationen, ausser Asylanten, willkommen sind, zeigt sich an Spielstrassen mit bunten Dreiecken auf dem Asphalt, am grossen Angebot von Pflege- und Altersheimen. Sowie an Grosseitern, die ihre Enkel im Park spazieren fahren.

1. Riehen hat das Unicef-Label "Kinderfreundliche Gemeinde". Gehört Unicef zur UNO? Was ist alles mit Unicef gemeint?
2. Basel-Stadt, konkret die Regierung, ist doch auch Ober-Chef von Riehen und hat oftmals das letzte Wort. Denn Ordnung muss ja herrschen. Nicht jeder kann machen wie er will. Wenn Riehen von der Unicef ausgezeichnet wird, geht das direkt von der Unicef über Riehen oder ist da jemand vom Kanton noch dazwischen geschaltet?
3. Darf Riehen direkt Kontakt zur UNO oder zur Unicef aufnehmen? Ich dachte, solche wichtigen Kontakte in die weite Welt darf nur die Basler Regierung oder das Schweizer Aussenministerium aufnehmen. Wie ist da die Regelung, wenn Gemeinden vom Kanton Basel-Stadt, wie Riehen, Kontakt ins Ausland aufnehmen? Darf da der Kanton einfach so, mir nichts, Dir nichts, übergeben werden?
4. In den Medien kommt immer öfter zu lesen, dass Riehen sich evt. von Basel-Stadt ablösen will. Wie sieht das die Regierung? Werden wir Riehen verlieren an einen anderen Kanton?

Eric Weber

31. Schriftliche Anfrage betreffend Basel die Hauptstadt Europas in Sachen Vegan

15.5522.01

Im ganz neuen Europa Urlaubs-Atlas von Marco Polo, mit 120 Insider-Tipps, der kostenfrei zu erhalten ist, stehen 2 Ziele aus Österreich, 2 Ziele aus der Schweiz und 6 Ziele aus Deutschland. Eines der beiden Schweizer Ziele ist Basel. Der Pfeil markiert Basel. Und es ist folgendes zu lesen:

"Basel: Vegan und mobil. Seine Mission: Leckerer, pflanzliches, rein veganes Fastfood überall verfügbar zu machen. Seine Koordinaten: Irgendwo in der drittgrössten Stadt der Schweiz, in Basel. Sein Motto: Immer unterwegs. Sein Name: Captain Plant. Für alle, die auf tierische Produkte komplett verzichten wollen, und natürlich auch für alle anderen: einfach mal die fleischlosen Tex-Mex-Burger von Captain Plant probieren. www.captainplant.com"

Im Basler Parlament ging es auch schon um vegan. Dann habe ich in vielen Zeitungen gelesen, bei der Uni Basel ist das Thema vegan auch sehr wichtig. Basel mutiert zur Hauptstadt Europas in Sachen vegan.

1. Wie ist die Einstellung unserer geschätzten Regierung zur Sache vegan?
2. Wieviele Speise-Kantinen hat der Kanton Basel-Stadt?
3. Wo können die Mitarbeiter vom Kanton Basel-Stadt günstig das Mittagessen nehmen?
4. Können Mitarbeiter vom Kanton Basel-Stadt auch günstig das Abendessen irgendwo nehmen?
5. Firmen geben Essens-Geld an Mitarbeiter oder subventionieren die Küche, damit die Mitarbeiter günstig essen können. Wie ist das im Kanton Basel-Stadt geregelt? Bitte ehrlich antworten?
6. Warum wird das Rats-Café im Parlament nicht finanziell gefördert?

Eric Weber

32. Schriftliche Anfrage betreffend Archiv des Deutschen Bundespräsidenten in Basel

15.5523.01

Es ist immer wieder sehr spannend, wenn man Zeitungen liest oder durch die Stadt geht. In Basel wohnen die Kinder von ausländischen Staatsoberhäuptern, die abgesetzt wurden. In Basel wird jetzt leider das Luxus-Hotel Hilton abgerissen. In Basel sind auch andere Leute ansässig. So ein Nachkomme des Deutschen Bundespräsidenten a.D. Heuss. Dieser Nachkomme, wie kürzlich in der BaZ zu lesen war, hat ein umfangreiches Archiv. Er hat es übernommen von Bundespräsident Heuss. Seit dem Jahr 2006 ist das Archiv von Bundespräsident Dr. Walter Scheel in einer Nachbarstadt von Basel, in Bad Krozingen, da der Bundespräsident dort wohnt. Ich hatte bei ihm im Jahr 2011 eine Audienz und wir machten schöne Fotos, Eric Weber im Gespräch mit dem Bundespräsidenten. www.ericweber.net. Wenn man bei Herrn Scheel anruft, nehmen Mitarbeiter das Telefon wie folgt ab: "Büro des Bundespräsidenten, Sie wünschen?" Auf meinen Einwand, dass Scheel seit bald 40 Jahren nicht mehr Bundespräsident ist, meinte man zu mir: "Der Titel bleibt das Leben lang. Und auch ohne a.D. – Wir sind nicht verpflichtet zu sagen, Bundespräsident a.D." Diese Handhabung wirft eh Fragen auf.

1. Hat die Regierung Kenntnis über das Archiv des Bundespräsidenten in Basel?
2. Kann das Archiv mit dem Basler Staatsarchiv zusammengelegt werden?
3. Kann man Einsicht als Bürger in das Archiv des Bundespräsidenten nehmen?
4. Ist das Archiv des Bundespräsidenten versichert?
5. Wenn sich ehemalige Bundespräsidenten auch weiterhin Bundespräsident nennen, dürfen sich auch Basler Regierungsräte, die nicht mehr im Amt sind, weiterhin Regierungsrat nennen? Oder wie wäre dann der genaue Titel? A. Regierungsrat?
6. Wie ist es mit Grossräten, die nicht mehr im Amt sind. Dürfen sich diese auch weiterhin Grossrat nennen? Oder wie wäre dann der genaue Titel?

Eric Weber

33. Schriftliche Anfrage betreffend wie wird unsere Sprache geschützt

15.5524.01

Seit einem Menschenalter sind im deutschen Sprachraum zwei grosse bzw. grundsätzliche Gemeinschaftsbereiche oder Arbeitsfelder der Sprachpflege zu unterscheiden: erstens die Bewältigung und Gestaltung der eigenen, "ererbten" Sprache seitens der Einheimischen (wozu alle Feinheiten der Stilauswahl und Stilpflege zählen) und zweitens die der "sich anzueignenden" Sprache seitens der Ausländer, die aufgrund ihrer weit höheren Geburtenfreudigkeit in vielen Basler Schulen schon die Mehrheit von 95% mancher Jahrgänge bildet.

In der heutigen Bildungspolitik spielt die Sprachpflege der Einheimischen kaum noch eine Rolle, jene der Ausländer jedoch eine sehr grosse, die über den Bereich der Sprache hinaus auf Angleichung und Anpassung von Lebensauffassung und Wertesystem abzielt.

1. Was kann für die Sprachpflege von uns Einheimischen gemacht werden?
2. Wie sieht der Regierungsrat die Tatsache, dass die Ausländer mehr Kinder bekommen?
3. Wie soll die Zukunft für uns Schweizer aussehen? Müssen wir uns damit abfinden, dass wir zur Minderheit im eigenen Land werden?

Eric Weber

34. Schriftliche Anfrage betreffend Aberkennung des Grossrats-Sitzes

15.5525.01

Die Aberkennung von Parlaments-Sitzen ist in fast allen Parlamenten und Kantonen anders geregelt. Im deutschen Bundesland Sachsen kann es eine Abgeordneten-Anklage geben. Das ist die Anklage vor dem

Verfassungsgerichtshof mit dem Ziel der Aberkennung des Mandats. Die Sächsische Verfassung sieht sie nur bei Stasi-Verstrickung oder einem Verstoss gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit vor.

Bei einer meiner letzten Anfragen wurde auf meine Frage nicht eingegangen. Daher muss ich hier nochmals meine Fragen stellen:

1. Kann der Regierungsrat einem Grossrat das Mandat aberkennen?
2. Wenn ja, welche Gründe kann es dazu geben? Bitte Beispiele.
3. Sollte Grossrat Eric Weber wieder im Gefängnis sitzen, kann er dann trotzdem an einer Grossrats-Sitzung teilnehmen? Würde er dann vorgeführt werden, ins Parlament? Diese Frage wurde nicht beantwortet. Gefangene werden ja auch zu Ärzten und ins Spital gebracht. Wie verhält es sich mit Parlament?

Ich bitte, dass die Regierung oder der zuständige Fachminister meine Fragen vollständig und wahrheitsgemäss beantwortet. Denn Schriftliche Anfragen sind ein wichtiges Mittel vor allem der Opposition, der Regierung genau auf die Finger zu schauen.

Eric Weber

35. Schriftliche Anfrage betreffend wie ist unser Föderalismus geregelt

15.5526.01

Obwohl der beste Schüler im Wirtschafts-Gymnasium und im KV im Fach Staatskunde, kann auch Grossrat und Präsident Eric Weber nicht alles wissen. Da es mich plagt, diese Anfrage an unsere liebe Regierung.

(lat. Foedus = Bund) Politisches Gestaltungsprinzip, bei dem weitgehend selbständige Einzelkantone (BS, BL, BE) einen Bundesstaat (Schweiz) bilden. Grundsätzlich üben die Kantone staatliche Befugnisse aus.

1. Welche staatlichen Befugnisse darf der Kanton BS ausüben?
2. Welches Gesetz regelt die genaue Zuordnung der Aufgaben zu Bund, Kanton oder beiden gemeinsam? Welches Gesetz gibt es da?

Eric Weber

36. Schriftliche Anfrage betreffend Gesetzesbücher für Grossräte

15.5527.01

Als jüngster Grossrat Helvetiens, mit 20, habe ich oft in der GR-Kanzlei für meinen Bruder kostenlose Gesetzesbücher abgeholt.

Heute kommt man als Grossrat nicht mehr in die GR-Kanzlei. Der Weg ist mit Türen zugemacht. Man muss sich wie ein Schuljunge anmelden.

1. Wo kann man als Grossrat heute Gesetzesbücher kostenfrei abholen?
2. Welche Stelle in der Staatskanzlei ist zuständig?

Eric Weber

37. Schriftliche Anfrage betreffend Ordnungsruf bei der Regierungsratssitzung

15.5528.01

Ein Ordnungsruf ist die Rüge des Parlamentspräsidenten gegenüber Mitgliedern des Grossen Rates, die durch störende Zwischenrufe und beleidigende Äusserungen die "Spielregeln" der Geschäftsordnung verletzen.

Weil Eric Weber die Wahrheit sagt, bekommt er oft Ordnungsrufe und ist mit 235 Ordnungsrufen Spitzenreiter in ganz Europa. Selbst die Le Pen-Kollegen im Europaparlament können dies nicht toppen.

1. Wann tagt der Regierungsrat gemeinsam?
2. Gibt es auch innerhalb des Regierungsrates Ordnungsrufe?
3. Wenn der Regierungsrat tagt, wer ist dann alles in diesem Zimmer dabei? Bitte um genaue Übersicht. Danke.

Eric Weber

38. Schriftliche Anfrage betreffend Notparlament in Basel

15.5529.01

Eine Verfassung sollte auch Vorsorge für den Krisenfall treffen. In einem solchen Fall könnte z.B. ein 10-köpfiger Ausschuss die Rechte und Pflichten des Grossen Rates wahrnehmen, falls dieser am Zusammentritt gehindert ist.

1. Gibt es in Basel einen Not-Regierungsrat, im Krisenfall?
2. Gibt es in Basel ein Not-Parlament, im Krisenfall?

Eric Weber

39. Schriftliche Anfrage betreffend wenn eine persönliche Erklärung missbraucht wird

15.5530.01

Eine persönliche Erklärung ist die Gelegenheit für Abgeordnete, vor einer Abstimmung persönliche Angriffe oder Unrichtigkeiten zurückzuweisen und sich damit persönlich zu rehabilitieren.

Wenn jetzt ein Grossrat bei einer persönlichen Erklärung in den Schmutz gezogen wird, mit unwahren Angaben, was kann der Grossrat dann tun?

1. Was kann ein Grossrat tun, wenn er in einer persönlichen Erklärung mit unwahren Angaben überhäuft wird?
2. Was ist, wenn das Parlaments-Präsidium nicht antwortet? Kann der Grossrat dann an die Regierung gelangen?

Eric Weber

40. Schriftliche Anfrage betreffend Diktaturen-Geld aus Georgien, das in Basel gelagert wird

15.5531.01

Als Journalist, ich habe ein grosses Archiv. Ich lese in vielen Büchern. Und daraus entstehen auch meine Anfragen, wie diese. Das Leben kann ja so praktisch sein. Grossrat zu sein, ist schön. Man kann alles fragen. Man hat quasi ein Sonderrecht bei der Regierung. Ich bin glücklich, Grossrat zu sein. In dem Buch "Architekten des Umbruchs" 85 Politiker des neuen Ost-Europa in Porträts, von Cathrin Kahlweit (S. Fischer Verlag) aus dem Jahr 1993 lese ich folgendes über den ehemaligen Staatspräsidenten Georgiens, Swiad Gamsachurdia:

"Der Mann, der Georgien seit dem 26. Mai 1991 regierte, entwickelte sich zu einem Monster, einem unter Verfolgungswahn leidenden und alle freiheitlichen Regungen unterdrückenden Diktator. ... Anfang 1993 flüchtete der Präsident mit Familie, Tross und Millionen von Rubeln in einem Militärkonvoi aus der Stadt und landete schliesslich in Grosny, der Hauptstadt der rebellischen Tschetschenen, die ihm bereits zuvor ein Flugzeug nach Tiflis geschickt hatten. ... Georgien, so scheint es, ist nach der Vertreibung des paranoiden Swiad Gamsachurdia vom Regen in die Traufe gekommen: Unterdrückung, Chaos und militärische Gewalt prägen auch heute die georgische Politik."

Jetzt wird es richtig spannend. Der Sohn des paranoiden Staatspräsidenten, der ein Monster war, lebt seit vielen Jahren in Basel. Dass er einer Arbeit nachgeht, ist nicht bekannt. Er soll ein Genuss-Mensch sein. In Zeitungen war zu lesen, dass der Staatspräsident rund 189'000'000 Franken ausser Landes schaffen liess, auf Banken vor allem in Basel. Daher wohne auch sein Sohn in unserer Stadt. Daher ist jetzt die Regierung gefordert. Der Sohn des paranoiden Staatspräsidenten wohnt in Basel, hat aber kürzlich an der Staatspräsidenten-Wahl in Georgien teilgenommen. Er hat diese Wahl natürlich verloren und machte nur 0,5 % der Total-Stimmen.

1. Gab es von der heutigen Georgischen Staatsregierung an Basel-Stadt Anfragen, ob man die 189'000'000 Franken zurück nach Georgien abliefern kann?
2. Kann man in Basel Hauptwohnsitz haben und gleichzeitig als Staatspräsident in Georgien kandidieren?
3. Angenommen, der Sohn vom Diktator, der in Basel lebt, er wäre Staatspräsident in Georgien gewesen und hätte Basel als Wohnsitz beibehalten, hätte dann Basel-Stadt auch für seine Sicherheit aufkommen müssen?
4. Ist die Basler Regierung gewillt, das Geld an die Georgische Bevölkerung zurück zu geben?
5. Wie denkt Basel, wie denkt die Regierung, dass von paranoiden Monster-Diktatoren deren Kinder heute unbehelligt in Basel leben? Müssen wir denn jeden und jedes aufnehmen? Wann ist einmal genug? Basel kann nicht zum Hafen für die ganze Welt werden.
6. Nehmen wir an, ein gewählter Staatspräsident von einem Afrikanischen Land oder von einem Land aus Ost-Europa oder aus Georgien, er wohnt in Basel. Von Basel aus plant er seinen Wahlkampf in seiner alten Heimat. Und er wird gewählt. Da er viel Geld hat. Seine Frau und seine Kinder wohnen in Basel. In Basel ist es sicher. Weit ab vom Chaos. Was wäre, wenn so ein Mensch in seinem alten Land als Staatspräsident gewählt wird und gleichzeitig noch in Basel Wohnsitz hat? Würde dann Basel-Stadt vom Staatspräsidenten verlangen, dass er sich hier in Basel abmeldet?
7. Wenn sich ein Staatspräsident nicht in Basel abmeldet, da er frech sagt, hier wohnt seine Frau, hier wohnt seine Freundin, hier wohnen seine Kinder, muss dann Basel-Stadt auch für die Kosten des Staatspräsidenten, wie für Sicherheit und Eskorte aufkommen? Denn der Sohn des Diktators hat nicht gesagt, er will nie mehr kandidieren. Und auch Le Pen fing einmal klein an, bei 0,5 % und steht nun auf dem Sprung zum Französischen Präsidenten-Amt. So schnell kann es gehen. Und so schnell kann auch Basel einen Staatspräsident aus Georgien beherbergen.

Eric Weber

41. Schriftliche Anfrage betreffend Finanzchef vom Schah lebt in Basel

15.5532.01

Wer aufmerksam alle Zeitungen liest, was ich seit 1979 mache (täglich rund vier Stunden), der weiss einfach vieles. Nicht alles. Der Finanz-Chef vom Schah lebt seit vielen Jahren in Basel. Er hat viel Geld. Kann sich die beste

Gesundheit und die besten Ärzte leisten. Er kann ständig im Drei Könige essen gehen und dort Parties feiern. Von Basel aus wurde die Politik im Nahen Osten und in Iran und Irak koordiniert.

Der Schah hat viel Geld ins Ausland geschafft. In Basel lebt seit rund 25 Jahren sein Finanzchef. Der Schah war selbst auch in Basel. Im Bahnhof Basel SBB ist er in seinen Privat-Zug umgestiegen. Zuvor wurde er auf der Kantonalbank empfangen.

1. Gibt es an Basel-Stadt Rückforderungen von den Nachfolgern vom Schah?
2. Was wurde aus den 890'000'000 Schweizer Franken, die der Mitarbeiter vom Schah nach Basel brachte?
3. Kann die Basler Regierung über die Kantonalbank bestimmen? Wie sind die Vollmachten? Kann der Regierungsrat sagen, wir beschlagnahmen nun die Gelder vom Schah?
4. Kann der Regierungsrat sagen, wir beschlagnahmen nun die Gelder vom Ex-Staatspräsidenten aus Georgien?
5. Was kann generell gesagt werden, über Diktaturen-Geld, das auf der Basler Kantonalbank liegt? Was ist wichtig zu beachten, dass gestohlenen Geld zurück ans Volk kommt?

Eric Weber

42. Schriftliche Anfrage betreffend sind Grossräte Kantonsangestellte

15.5533.01

Es ist vieles nicht ganz klar. Daher kann Klarheit geschaffen werden. Die Grossräte bekommen einen Lohnzettel vom Kanton. In diesem Zusammenhang folgende Fragen:

1. Sind Grossräte auch Kantonsangestellte?
2. Wenn ein Grossrat kein Kantonsangestellter sein darf, warum bekommt er dann Lohnzettel vom Kanton?
3. Wenn ein Grossrat kein Kantonsangestellter sein darf, kann dann die Praxis abgeändert werden, dass der Lohnzettel nicht mehr vom Kanton kommt, sondern z.B. vom Parlamentsdienst?
4. Kantonsangestellte haben Zugriff auf das Kantons-Intranet. Was ist das Intranet? Was bedeutet es? Wie funktioniert es? Was kann man mit Intranet machen? Ich weiss es nicht und bitte um genaue Erklärung, als wären Sie, werter Regierung, mein Lehrer. Danke.
5. Haben auch Grossräte Zugriff auf Intranet?
6. Kann die Regierung dafür sorgen, dass bitte bei jeder Grossrats-Sitzung ein bis zwei Computer im Vorzimmer stehen, wo man als Parlamentarier bitte Zugriff aufs Internet hat?

Eric Weber

43. Schriftliche Anfrage betreffend wachsame Bürger gegen Ganoven

15.5534.01

Die Basler Polizei soll die Sicherheitswacht aufbauen. Basel soll in Sachen Sicherheit auf wachsame Bürger setzen. Freiwillige können für mehr Sicherheit sorgen.

In vielen Städten Europas hat die Polizei daher wachsame Bürger im Einsatz gegen Ganoven.

1. Warum gibt es in Basel keine Sicherheitswacht von Bürgern?
2. Wie kann die Polizei die Bürger mehr für solche Tätigkeiten ran ziehen?
3. Gibt es bei der Basler Polizei ehrenamtliche Helfer?

Eric Weber

44. Schriftliche Anfrage betreffend warum muss Basel immer nur bezahlen

15.5535.01

Es ist ein Dilemma: Seit Jahren bleibt es beim Kantonsfinanzausgleich stets bei denselben Geber- und Nehmerkantonen. Die Finanzsituation der Nehmerkantone wird nicht nachhaltig verbessert, weil der Geldfluss mit keinen Auflagen verbunden ist.

Bei künftigen Verhandlungen sollten die Nehmerkantone daher in die Pflicht genommen werden, Reformen durchzuführen, die ihre Finanzlage verbessern.

Sie sollten belegen können, wie und in welchem Zeitrahmen sie ihren Schuldenberg abbauen wollen.

1. Warum ist Basel weiterhin ein Geber-Kanton?
2. Kann man die Nehmer-Kantone verpflichten, Reformen durchzuführen?
3. Wie sieht es der Regierungsrat, dass wir Basler immer nur bezahlen müssen?

Eric Weber

45. Schriftliche Anfrage betreffend demografischer Wandel in Basel

15.5536.01

Die demografische Entwicklung und ihre Auswirkungen sind in Basel facettenreich.

1. Was sagt der Regierungsrat zur demografischen Entwicklung in unserem Kanton?
2. Was ist die konkrete Demografiestrategie des Kantons?

Eric Weber

46. Schriftliche Anfrage betreffend vorläufige Aufnahme für Verbrecher

15.5537.01

Stundenlang hielt ein Asylant in Graubünden 2013 die Öffentlichkeit mit einer Geiselnahme in Atem. Dafür musste er viereinhalb Jahre ins Gefängnis. Trotz seiner Tat gewährten die Bundesbehörden dem Kriminellen eine vorläufige Aufnahme in der Schweiz.

Hat auch Basel solche Fälle? Ich meine, bekommen auch in Basel-Stadt Verbrecher aus dem Ausland eine vorläufige Aufnahme?

Eric Weber

47. Schriftliche Anfrage betreffend Reisen nach Absurdistan

15.5538.01

Anerkannte Flüchtlinge und Asylanten reisen zu Zehntausenden ins Ausland, viele davon in die alte Heimat, wo sie angeblich verfolgt sind. Merken Sie etwas?

1. Gibt es solche Fälle auch im Kanton Basel-Stadt? Sind solche Fälle auch in Basel bekannt?
2. Wer bezahlt diese Reisen?

Eric Weber

48. Schriftliche Anfrage betreffend Pegida-Demo vom 29. August 2015 in Basel

15.5539.01

Anfang 2015 hatte ich eine Pegida-Demo für Basel beantragt. Mein Gesuch wurde abgelehnt und meine Demo wurde verboten. Mein Einspruch zusammen mit meinem Anwalt ist noch am Laufen.

Am 29. August 2015 fand eine Pegida-Demo im Basel statt, auf und neben dem Claraplatz. Für diese Demo wurde keine Genehmigung eingeholt. Die Veranstalter sind der Polizei bekannt.

1. Ist es also nicht mehr nötig, dass man ein Gesuch für eine Demo einholt, wenn man demonstrieren möchte?
2. War die Pegida-Demo vom 29. August erlaubt?
3. Die Veranstalter der Pegida-Demo vom 29. August sind der Polizei bekannt. Wird nun gegen die Pegida-Demonstranten eine Strafe ausgesprochen? Wenn nein, warum nicht?

Eric Weber

49. Schriftliche Anfrage betreffend ist Wirtschaftsflüchtling ein Schimpfwort

15.5540.01

In allen Medien kommt das Thema über die Flüchtlinge. Ich kann es nicht mehr hören. Es ist zuviel. Der Bürger kocht vor Wut. Ich auch. Die Regierung sollte jetzt Stellung nehmen. Und man kann nur hoffen, dass die Regierung auch Witz und Charme hat, auch in einer schweren Situation zu antworten und die Fragen nicht abzubügeln. Die Fragen stellte die "FAZ" (Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung) vom 6. September. Auf einer Seite mit dem Titel "Flüchtlingsfragen".

In diesem Zusammenhang folgende Fragen:

1. Ist Flüchtlingshilfe nur das neueste Ding einer sinnsuchenden Mittelschicht – wie Yoga oder Paleo-Diät?
2. Wie integriert man Basler?
3. Ist es uns insgeheim ganz recht, dass die Gefahren und Strapazen der Reise dafür sorgen, dass nur die stärksten und fähigsten Leute das sichere Sozialsystem der Schweiz erreichen?
4. Warum können wir es uns leisten, abgelehnte Asylbewerber komfortabel mit dem Flugzeug nach Hause zu schicken, aber nicht, jene abzuholen, die bei uns bleiben dürfen?
5. Warum kommen gerade jetzt so viele?
6. Ist Wirtschafts-Flüchtling ein Schimpfwort?
7. Oder nimmt der Wirtschaftsflüchtling nur das Versprechen des Kapitalismus ernst?
8. Gibt es so etwas wie Asylmissbrauch, wo doch Anträge entweder genehmigt oder abgelehnt werden?

9. Ist Basel ein Einwanderungsland?
10. Ist es nicht Mobilität, wozu uns der Kapitalismus ständig auffordert?
11. Ist es ein Zeichen für die Lebendigkeit des Kapitalismus, wenn so viele Menschen in ihn einwandern wollen?
Oder doch nur Verzweiflung?

Eric Weber

50. Schriftliche Anfrage betreffend aus Rücksicht auf Asylanten: Keine Shorts und Miniröcke

15.5541.01

Frauen im Minirock sehen doch toll aus. Alles ganz üblich und normal. Aus Rücksicht auf Asylanten wird nun den Schülerinnen in Basel "zurückhaltende Alltagskleidung" empfohlen, "um Diskrepanzen zu vermeiden". Diese Warnung stammt vom Schulleiter eines Gymnasiums in Basel. Weil in der Nähe Asylanten wohnen und diese "Muslime von ihrer eigenen Kultur geprägt sind".

Sein Fazit für Eltern und Kinder: "Durchsichtige Tops oder Blusen, kurze Shorts oder Miniröcke könnten zu Missverständnissen führen."

Wer muss sich hier wem anpassen? Gibt es auch Schreiben an die Flüchtlinge, die sie zum Respekt gegenüber der in Basel herrschenden Kultur animieren?

1. Muss ein Mädchen, das trotz der öffentlichen Ermahnung in Shorts zum Unterricht geht, die Missbilligung der Lehrer fürchten?
2. Oder stellt der Regierungsrat bitte jetzt klar, dass es an Schulen in unserem Kanton keine Kleiderordnung gibt, die sich an muslimischen Massstäben orientiert?

Eric Weber